

## **Ziviles oder militärisches Eingreifen: „Humanitäre Interventionen?“**

**Vier pax christi-Kommissionen diskutieren:  
Solidarität mit Zentralafrika; Weltwirtschaft/Ökologie/Soziale  
Gerechtigkeit; Solidaritätsfonds „Eine Welt“ und  
Friedenspolitik**

Herausgeber: pax christi, Deutsche Sektion

September 2004



# Ziviles oder militärisches Eingreifen: „Humanitäre“ Interventionen?

Vier pax-christi-Kommissionen diskutieren

Pfr. Dr. Ferdinand Kerstiens

## Einführung

Anführungszeichen und Fragezeichen machen schon deutlich, dass der Titel in mehrfacher Hinsicht fragwürdig ist. Er schlich sich ein zur Begründung des Kosovokrieges zur Rettung der albanischen Bevölkerungsmehrheit, diente zur Rechtfertigung des Eingreifens in Afghanistan als Schutzmaßnahme gegen den internationalen Terrorismus und blieb letztlich alleine übrig als Begründung des Irak-Krieges, nachdem sich alle anderen Gründe (wie z.B. Massenvernichtungswaffen, Verbindung zu El Quaida) als Irrtum, als Übertreibung oder Lüge erwiesen hatten. Schon beim Kosovokrieg dienten konstruierte Gerüchte oder falsche Tatsachenbehauptungen als Rechtfertigung für die deutsche Beteiligung bis in die Debatten im Bundestag hinein.

Der Verdacht liegt nahe, dass sich hinter dem „humanitär“ wirtschaftspolitische und geopolitische Interessen verbergen, wie z.B. der Ausbau der eigenen Herrschaftspositionen im Nahen und Mittleren Osten, die Sicherung des Öls, das Installieren USA-freundlicher Regierungen. Dass es dabei nicht um die Einführung der Demokratie geht, zeigt die massive Unterstützung von diktatorischen Regimes durch die USA in vielen Teilen der Welt, wenn sie nur die Herrschaftspolitik der USA unterstützen.

Wir sollten deswegen das Wort „Humanitäre Interventionen“ aus unserem Wortschatz streichen, da es nur die wahren Interessen verschleiert. Schon das Wort der Deutschen Bischöfe „Gerechter Friede“ spricht nur von „Bewaffneten Interventionen“ und legt strenge Maßstäbe an, die an die alte Lehre vom „Gerechten Krieg“ erinnern. Doch auch diese Maßstäbe taugen nicht zu einer ethischen Beurteilung, weil sie beliebig manipulierbar sind, gerade in der heutigen Kommunikationsgesellschaft.

Besser spricht man von einem zivilen oder militärischen Eingreifen in bestehende Konflikte innerhalb der verschiedenen Völker. Für pax christi ist es eindeutig: Den Vorrang hat das zivile Eingreifen. Hätte z.B. nicht ein großzügiger „Marshall-Plan“ die Völker des zerfallenden Jugoslawien so stärken können, dass die Sezessionskriege, die Auseinandersetzungen um Bosnien und den Kosovo hätten verhindert werden können? Das hätte sicher die internationale Staatengemeinschaft weniger gekostet als die späteren Kriege. Ziviles Eingreifen, zivile Konfliktvermeidung und Konfliktbearbeitung, die Zivilen Friedensdienste erfreuen sich kaum des öffentlichen Interesses und der öffentlichen Unterstützung. Das Bewusstsein der nationalen und internationalen Politik ist noch nicht reif für zivile Strategien der Konfliktvermeidung und -beilegung. Für Kriege stehen von heute auf morgen 100 Milliarden Dollar und mehr zur Verfügung, die für die Stärkung der Gerechtigkeit und der Menschenwürde in Krisengebieten nie eingesetzt würden.

Das militärische Eingreifen mit großer Übermacht kann militärische Siege erzwingen, aber keinen Frieden. Militärische und wirtschaftliche Übermacht demütigen die Völker und Menschen, ihre Religion und Kultur und wecken so neue Widerstandskräfte bis hin zum Selbstmord-Terrorismus (Russland – Tschetschenien, USA – Afghanistan, Israel – Palästina). Terrorismus von oben und Terrorismus von unten sind zwei schreckliche Geschwister: Ein weiterer Grund, militärisches Eingreifen mit äußerster Skepsis zu beurteilen. Doch was tun, wenn man zusehen muss, wie eine Regierung oder irgendwelche Warlords gewalttätig gegen ganze Bevölkerungsteile vorgehen, wo bestimmte Bevölkerungsgruppen andere unterdrücken und morden? Dies war nach Ansicht verschiedener Friedensgruppen,

von Pax Christi International, dem Vizepräsidenten Bischof L. Monsengwo Pasinya und unserer Kommission „Solidarität mit Zentralafrika“ im Frühjahr 2003 gegeben. Deswegen appellierten sie an die UNO, militärisch einzugreifen. Die damalige Arbeitsgruppe „Rüstungspolitik“ fühlte sich angesprochen und widersprach, einmal wegen der grundsätzlichen Bedenken gegen ein solches militärisches Eingreifen, zum anderen deswegen, weil die EU oder die NATO nur alte Kolonialängste neu schüren würde und deswegen für solche Missionen völlig ungeeignet seien. Bei diesem Streit zwischen den Kommissionen fühlte sich auch die Kommission Weltwirtschaft und Entwicklung, angesprochen, deren Anliegen es ist, die strukturellen Ursachen solcher Konflikte zu analysieren, um ihnen wirksam begegnen zu können. Von ihrem Aufgabengebiet, die bedrohten Volksbewegungen in vielen Ländern Lateinamerikas und Afrikas gegen autoritäre Regierungen in ihrem gewaltlosen Engagement für mehr Freiheit und Menschenrechte zu unterstützen, war auch die Kommission Solifonds von der Kontroverse angesprochen.

Aus dieser Diskussionslage entsprang die Idee eines gemeinsamen Studientages zu diesem Thema. Wir wollten keinen auswärtigen Referenten, sondern wollten untereinander unsere Positionen und Begründungen austauschen, um uns besser in unserem jeweiligen Engagement zu verstehen. So trafen wir uns am 3. Juli 2004 in Köln. Anwesend waren:

- Von der **Kommission Zentralafrika**: Clementine Nkongolo, Joel Nsengiyaremye, Andreas Schillo, Heinz Werner Weißler;
- von der **Kommission Weltwirtschaft**: Peter Schönhöffer, Heinz-Peter Vetten;
- von der **Kommission Friedenspolitik** (Nachfolgerin der Arbeitsgruppe Rüstungspolitik): Ferdi Betz, Christof Grosse, Fred Klinger, Cordula Schonert, Fabian Sieber;
- von der **Kommission Solidaritätsfonds**: Christa Guerrero, Christine Klissenbauer, Heinz Neuser;
- vom **Präsidium**: Ferdi Kerstiens (als Koordinator und Moderator), Reinhard J. Voß als Generalsekretär;
- von **Pax Christi International**: Ben Schennink.

In der intensiven Vorstellungsrunde wurde schon deutlich, mit welcher unterschiedlichen Voraussetzungen und Erfahrungen die Einzelnen und die verschiedenen Kommissionen Zugang zu diesem Thema hatten. Danach hatten die Kommissionen Zeit ihre Positionen zu erläutern. Daraus ergab sich ein intensives und konträres, ein faires und offenes Gespräch. Das Ziel war nicht eine gemeinsame Stellungnahme oder Positionsbeschreibung. Deswegen einigten wir uns darauf, dass die verschiedenen Kommissionen jeweils ihren Eindruck von der Fragestellung und von dem gemeinsamen Gespräch zusammenfassen sollten. In der pax zeit Nr. 3/2004 haben Heinz Werner Weißler und Fred Klinger die unterschiedlichen Einschätzungen dargelegt. Außerdem fügen wir einige grundlegenden Texte an, die zum Verstehen wichtig sind. Das Ergebnis legen wir hiermit als „Impulse Nr. 4“ vor und hoffen, dass wir damit der Diskussion in unserer Bewegung und der Sache dienen.

## Ziviles oder militärisches Eingreifen: „Humanitäre“ Interventionen?

### Vier pax christi-Kommissionen diskutieren

	Seite
Ferdi Kerstiens: Einführung	2
Übersicht	4
Eindrücke, Einsichten und Anfragen aus den vier Kommissionen und von PCI (Rückblicke auf den Studientag in Köln)	
• Weißler / Kommission Zentralafrika	5
• Grosse / Kommission Friedenspolitik	10
• Schönhöffer / Kommission Weltwirtschaft/Ökologie/Soziale Gerechtigkeit	13
• Klissenbauer / Guerrero / Neuser / Kommission Solidaritätsfonds „Eine Welt“	19
• Ben Schennink / PCI	23
Der Diskussions-Anlass: Ituri, Bukavu und die Operation Artemis 2003	
• Aufruf einer PCI-Konferenz in Bukavu an den UN-Generalsekretär vom 15.5.2003	26
• Pressemitteilung der Kommission Solidarität mit Zentralafrika vom 23.5.2003: „Die Gewalteskalation in der DR Kongo eindämmen!“	28
• „Pax Christi International Pleas for Extension of MONUC and ARTEMIS Operations in DR Congo“, Brüssel, 26.8.2003	30
• Ökumenisches Netz besorgt über Kongos Nachkriegsentwicklung (Zeitschrift Entwicklungspolitik 11/2004)	32
Beitrag aus der pax zeit 3-04: Kontroverse Weißler - Klinger	34
PCI-Erklärung der Generalversammlung 2004 zu „Umfassender Sicherheit“ (inclusive security)	36

# Afrikanische Interventionen

## Friedenspolitische Suchbewegungen angesichts der Krisenregion Zentralafrika

Heinz Werner Weßler für die Kommission „Solidarität mit Zentralafrika“, Troisdorf, August 2004

1. In seinem „nachdenklichen Grußwort“ unter dem Titel „Geistig und sprachlich nicht einfach zu bewältigen“ an die pax christi-Delegiertenversammlung am 31.10.2003 stellt der Vorsitzende des deutschen *Versöhnungsbundes*, Ullrich Hahn, Anfragen an den Pazifismus von pax christi und darüber hinaus. In seinem freundschaftlich-kritischen Grußwort – abgedruckt in der Dokumentation der Delegiertenversammlung, aber auch in „Versöhnung“ 4/2003 – setzt sich Ullrich Hahn das Ziel, tagespolitische Fragen der politischen Positionierung von Friedensbewegten auf Grundsatzfragen des politischen Pazifismus zurückzuführen.
2. Eine von vier Anfragen bezieht sich auf die Position des *Ökumenischen Netzes Zentralafrika* (ÖNZ), in dem die deutsche Sektion von pax christi vertreten ist, im Hinblick auf die „Operation Artemis“ in der Stadt Bunia, eine mit VN-Mandat gedeckte und auf eine Anfrage des VN-Generalsekretärs Kofi Annan zurückgehende militärische Intervention in einer Region im Nordosten der DR Kongo, wo sich aus einer komplizierten Gemengelage von Ursachen im Frühjahr 2003 ein extrem gewaltsamer Konflikt mit genozidären Dimensionen zur Explosion gekommen war. Schon im Mai 2003 – damals eine der ersten öffentlichen Erklärungen zu dem Konfliktausbruch – setzte sich die pax christi Kommission „Solidarität mit Zentralafrika“ in einer gemeinsamen Erklärung mit dem *Netzwerk Afrika Deutschland* (NAD) für einen internationalen Einsatz mit VN-Mandat ein – eine Erklärung, die vor allem auf die Resolution der ersten regionalen Konferenz des pax christi-Netzwerks in Zentralafrika in Bukavu (Mai 2003) zurückging, die angesichts der glaubwürdigen Nachrichten von grauenvollen Massakern in der Region Ituri genau dies gefordert hatte. Von Brüssel aus wurde deutlich, dass Pax Christi Internationalis und der internationale *Arbeitskreis Zentralafrika* (in dem u.a. auch die Zentralafrika-Kommission der deutschen Sektion mitwirkt) ebenfalls hinter der Forderung stehen. Sie wurde auch von der mit pax christi assoziierten NRO *Justice Plus* aus Bunia unterstützt, deren Vertreter Missak Kasongo uns in Bonn bzw. Troisdorf im Dezember 2001 besucht hatte.
3. Wörtlich heißt es in der Erklärung vom 10.7.2003: „Das ÖNZ begrüßt die deutsche Unterstützung für die europäische Eingreiftruppe („Operation Artemis“) in der Stadt Bunia. Dieser Einsatz kann jedoch nur im Zusammenhang mit anderen Bausteinen die Basis für einen stabilen Frieden in der Region legen. Notwendig ist eine umfassende Friedensinitiative, für die jetzt die notwendigen politischen Entscheidungen dringend gefällt werden müssen.“ Ähnlich die Erklärung der pax christi-Kommission vom 23.5.2003: Auch Sie fordert Bundesregierung und EU zum Engagement auf, macht Bedingungen und Grenzen der Intervention durch militärische bzw. polizeiliche Ordnungskräfte deutlich, indem der Schwerpunkt auf einen langfristigen Einsatz für eine Stärkung der Zivilgesellschaft und für eine Kultur des Friedens und der Versöhnung gelegt wird.
4. Im Text der endgültigen Version des *10. Friedenspolitischen Ratschlags* im Abschnitt 6.2 zum Thema „Vorübergebende Aufgabe: Peacekeeping“ heißt es, scheinbar eindeutig: „Peacekeeping kann noch eine Aufgabe der Bundeswehr sein.“ In welchem Verhältnis stehen Aussagen dieser Art zum Antimilitarismus der Friedensbewegung? - Als demokratisches Verfahren wird die Zweidrittelmehrheit des Bundestags für jeden Einsatz gefordert. Der folgende Satz im fortlaufenden Text von Abschnitt 6.2 stellt die sachlichen Bedingungen für internationale Einsätze unter Bundeswehr-Beteiligung klar: „Dies ist der klassische Blau-

helmeinsatz – unabdingbare Voraussetzung ist die Zustimmung der beteiligten Konfliktparteien.“ Dieses Kriterium war übrigens bei der „Operation Artemis“ m.E. Erfüllt.

5. Der nächste Satz im genannten Abschnitt 6.2 spricht dagegen offen den fehlenden Konsens innerhalb der Beteiligten am Friedenspolitischen Ratschlag an: „Angestrebt werden der Abbau nationaler Armeen – also auch der Bundeswehr – und die Einrichtung multinationaler VN-Kapazitäten, die Peacekeeping- Aufgaben im Sinne der VN-Charta übernehmen. Umstritten ist in der *Kooperation für den Frieden*, ob dies nur nach Kapitel VI – mit Zustimmung aller Konfliktparteien – oder auch nach Kapitel VII – als Intervention – geschehen darf.“ Konsens der „Kooperation“ ist somit der Aufbau internationaler polizeilich-militärischer Peacekeeping-Kräfte im VN-Rahmen bei gleichzeitiger Verkleinerung nationaler Armeen, implizit auch Votum gegen multinationale Militäreinheiten anderer Bündnisse wie EU oder NATO.
6. In der Debatte tauchen Gegensätze auf, die die deutsche Sektion von pax christi schon Mitte der 90er Jahre angesichts der dramatischen Entwicklung in Ex-Jugoslawien geführt hatte. Schlusspunkt dieser Debatte um die damals so genannten humanitären Interventionen war die „Hübinger Erklärung“ der Delegiertenversammlung 1996, die die „Dilemmasituation“ des Pazifismus angesichts der Gräueltaten des Krieges zunächst differenziert zum Ausdruck bringt. In Abschnitt 4 heißt es: „Die Reaktion auf die Dilemmasituation fällt bei den Mitgliedern in pax christi unterschiedlich aus.“ In Abschnitt 6 heißt es jedoch unmissverständlich: „pax christi ... antwortet ... mit einem NEIN zu diesen sogenannten humanitären Militärinterventionen.“ Die Begründung für diese Positionierung im folgenden Satz scheint jedoch weniger fundamental als pragmatisch zu sein: „pax christi sieht für einen internationalen Humanitarismus zur Zeit keinen Umsetzungswillen in den Regierungen. Dies zeigt sich zum Beispiel in der Ablehnung der Bundesregierung, in das Projekt ‚Ziviler Friedensdienst‘ einzusteigen, bzw. eine eindeutige Einschränkung oder den Stop bundesdeutscher Rüstungsexporte zu vollziehen.“
7. Die „Hübinger Erklärung“ hält fest: „pax christi ist eine Lerngemeinschaft, in der wir mit verschiedenen Umsetzungen der Gewaltfreiheit einander anfragen, ermutigen und gegenseitig weiterbringen“ (Abschnitt 4). Angesichts der sowohl in der deutschen Sektion als auch bei Pax Christi Internationalis sich verstärkenden afrikanischen Komponente stellt sich gegenwärtig die Frage, wie die historischen Positionierungen von pax christi in den Umgang mit schwer wiegenden kriegerischen Konflikten in einem neuen Kontext (i.e. Afrika) kreativ eingebracht werden können.
8. Das Ziel der *Operation Artemis* und auch noch der nachfolgenden umfassenden Stationierung von VN-Blauhelmen der VN-Mission in der DR Kongo (MONUC), zumindest im Umkreis der Stadt Bunia einen anlaufenden Völkermord zu verhindern, ist zunächst erreicht worden, auch wenn von Frieden im eigentlichen Sinn vor allem in den ländlichen Gebieten zwischen der Stadt und dem Albertsee noch immer keine Rede sein kann. Die uns hier beschäftigende Fragestellung lässt sich aber nicht nur auf diese befristete und mittlerweile abgeschlossene Operation beschränken. Man denke nur an die Situation in Liberia im Juli 2003. Aus einer Reuters-Meldung vom 31. Juli 2003: „Der liberianische Erzbischof Michael Francis Kpakala hat einen leidenschaftlichen Hilferuf an die Adresse der USA gerichtet. ‚Nicht morgen, sondern sofort sollte man uns zur Hilfe kommen‘, sagte der katholische Würdenträger nach einem Treffen mit UNO-Generalsekretär Kofi Annan am Mittwoch in New York. ... An den Wert Liberias für die USA in Zeiten, wo das Land aus strategischen Gründen und wegen seiner Gummi-Plantagen wichtig gewesen sei, wolle er hier nicht erinnern. ‚Darum geht es nicht, sondern darum, wenn Menschen getötet werden, entmenschlicht und erniedrigt, dann könne niemand erklären, es liege nicht im strategischen Interesse, ihnen zu helfen.‘ – ‚Wenn der liebe Gott eines Tages fragt ‚Wo wart ihr, als meine Kinder Elend erlitten, starben, erniedrigt wurden, getötet wurden und sie Hunger litten?‘, da wird er nicht nach

der strategischen Bedeutung fragen, sagte Erzbischof Kpakala. Er wird fragen: "Was habt ihr getan?" - Heinz Rothenpieler und ich haben den Erzbischof Francis, der einen US-Truppeneinsatz in seinem Land Liberia einfordert, in Hirschberg im Oktober 2002 bei dem friedenspolitischen Afrika-Workshop als charismatischen afrikanischen Bischof und Freund des Friedens kennen gelernt. Im Gottesdienst haben wir mit ihm sein Lieblings- und Erkennungslied *We shall overcome* gesungen.

9. Wie verhalten wir uns als Friedensbewegte bei solchen Konflikteskalationen, wie wir sie 2003 in Liberia, 2004 im Sudan (Darfur) und morgen vielleicht in anderen westafrikanischen Ländern erleben? Wenn unsere afrikanischen Friedensfreunde ohne wenn und aber nach einer Intervention rufen und unsere deutschen Friedensfreunde aus der Bewegung unsere friedensbewegte Substanz schwinden sehen? Wenn wir uns sagen müssen bzw. uns sagen lassen müssen, wir sollten lieber unsere ganze Kraft auf die ökonomischen und geopolitischen Konfliktursachen fokussieren?
10. Könnten wir uns mit einem Aufruf wie dem von Erzbischof Francis solidarisieren? Sollen wir sie mit betroffenem Schweigen übergehen, sie überhören? Sollen wir uns von ihm verständnisvoll, aber kritisch distanzieren? Wollen wir unseren prophetischen Ruf so verstehen, dass wir uns lieber grundsätzlich versagen - auch auf die Gefahr hin, beim Umgang mit afrikanischen Konflikten nicht mehr politisch mitgestalten zu können, und vielleicht sogar ins sektiererische Milieu abzudriften? Sollen wir den Erzbischof wegen dieser Stellungnahme für die Armee eines Landes verurteilen, dessen Regierung das Völkerrecht gezielt ignoriert und die VN unterminiert? Arbeitet Bischof Francis gar dem Neokolonialismus zu? Sollen wir den Bischof brüderlich davor warnen, sich nicht zum Instrument des Neokolonialismus machen zu lassen? – Diese Fragen bitte ich, nicht als rhetorische Fragen miss zu verstehen. - Meine Meinung dazu ist nicht abgeschlossen.
11. Die G8-Staaten haben sich im Rahmen der politisch hochgepuschten Initiative „New Partnership for Africa’s Development“ (NEPAD) verpflichtet, bis 2010 Pilotprojekte der Afrikanischen Union zur Bildung eigener Kapazitäten in Sachen „AU-Blauhelme“ finanziell zu unterstützen. Es soll u.a. eine rein afrikanische Brigade von 3500 Mann (mit militärischer, polizeilicher und ziviler Kapazität) gebildet werden, die die bisherigen afrikanischen ad-hoc-Zusammenstellungen von Missionen (beobachtend, friedenserhaltend, „friedensschaffend“) auf eine dauerhafte Grundlage stellen soll (vgl. [www.kantei.go.jp/foreign/koizumispeech/2003/06/01africa\\_h\\_e.pdf](http://www.kantei.go.jp/foreign/koizumispeech/2003/06/01africa_h_e.pdf)). In diesen Rahmen steht der mit rund drei Millionen Euro hauptsächlich von Deutschland aus finanzierte Aufbau des Kofi Annan Peace Building Center in Accra/Ghana ([www.kaiptc.org/kaiptc/abkaiptc.htm](http://www.kaiptc.org/kaiptc/abkaiptc.htm)). Verbunden damit sind Pläne für zivile Instrumente wie der afrikanische „Rat der Weisen“ und das Projekt eines kontinentalen „Krisenfrühwarnsystems“ – eine Aufgabe, an der auch NROs beteiligt sind (FEWER – *Forum on early warning and early response*, [www.fewer.org](http://www.fewer.org), Feder führend für die Region Afrika ist das *African Peace Forum*, [www.amaniafrika.org](http://www.amaniafrika.org)). Die institutionalisierte „Frühwarnung“ ist eine Reaktion auf die bisher oftmals gescheiterte Konfliktprävention (vor allem vor dem ruandischen Genozid 1994).
12. Werden damit friedenspolitisch und menschenrechtlich engagierte NROs, ja die ganze Entwicklungszusammenarbeit zum Begleitfaktor oder sogar zu einem zusätzlichen Instrument eines militärischen ausgerichteten Krisenmanagements degradiert? Ist es unser prophetischer Auftrag, diese Entwicklung von einer europäischen bzw. deutschen Perspektive aus grundsätzlich in Frage stellen? Welche Visionen setzen wir dagegen ein, welche konkreten Alternativen können wir skizzieren? Wie unterscheiden wir die Geister in schwierigen Gemengelage von polizeilichen, militärischen und zivilen Aufgaben?

13. In den letzten Jahren haben Zahl und Mannschaftsstärke der Blauhelmissionen in West- bzw. Zentralafrika kontinuierlich zugenommen, gleichzeitig greifen aber auch Briten (Sierra Leone), Franzosen (Elfenbeinküste) und Amerikaner (Liberia) mit oder ohne VN-Mandat militärisch ein. Im Vorfeld der Afrikareise von George Bush jun. 2003 war im Pentagon vom Aufbau von kurzfristig nutzbaren Militärbasen der US-Armee in Afrika die Rede, die im Rahmen des so genannten Kampfes gegen den internationalen Terrorismus aufgebaut werden sollen. Beobachter weisen darauf hin, dass auch die ominöse Rehabilitierung von Ronald Reagans Lieblingsfeindbild Ghaddafi und Annäherung zwischen Libyen und den USA in diesem Zusammenhang zu sehen ist. Die USA suchen sich (militärische) Verbündete in Afrika: US-Militärs bieten wieder offensiv Militärausbildung und Grenzüberwachung in Mauretanien an („Sahel-Initiative“).
14. Vordringliches Ziel einer christlich inspirierten Nord-Süd-Solidarität muss es sein, strukturelle Kriegsursachen zu benennen: Dies sind vor allem Fragen des Welthandels, in dem der Norden einerseits als Waffenlieferant und andererseits als Abnehmer vor allem von Rohstoffen die Eskalation von Konflikten verursacht oder befördert. Die Coltan-Kampagne zeigt allerdings, wie schwierig es ist, bei dem für unsere Solidaritätsarbeit so wichtigen Punkt Kriegsökonomie Problem- und Instrumentenseite einander anzunähern (vgl. meinen Artikel in *pax zeit* 4/2003). Zugleich muss der Import von Waffen, vor allem aus dem Norden, in die Konfliktgebiete effektiv unterbunden werden. Darüber hinaus wollen wir an einer Kultur des Friedens, der Gerechtigkeit und der Versöhnung teilnehmen und sie befördern.
15. Wir dürfen aber auch nicht wegsehen, wenn Konflikte eskalieren und angesichts zerfallender Ordnungsstrukturen und der Privatisierung von Gewalt ganze Bevölkerungsgruppen Vertreibung, Mord und Totschlag bis hin zum Völkermord ausgeliefert werden, wenn ungeheuerliche humanitäre Krisen in Afrika selektiv von der internationalen Gemeinschaft und der Weltöffentlichkeit ausgeblendet werden.
16. Barbara Harff hat in einer ausführlichen Studie (vgl. [www.usna.edu/PoliticalScience/faculty/harff/harff.htm](http://www.usna.edu/PoliticalScience/faculty/harff/harff.htm)) ein Modell zur Risikokalkulation für „ethnopolitische Unruhen“ und Völkermorde entwickelt. In der DR Kongo, in Ruanda, in Burundi und Uganda bleibt demnach das Risiko besonders hoch. Man muss diesem Modell nicht folgen, dass jedoch die Länder um die großen Seen in Afrika eine Risikoregion für gewalttätige ethnopolitischen Konflikte sind, ist weitgehend unstrittig. Ethnische Faktoren werden laufend instrumentalisiert, gezielt hochgepuscht und stehen in einer Wechselbeziehung zu ökonomischen Faktoren und ihrem globalen Rahmen, zu Militärherrschaften und zum Verfall von Staaten, zu Überbevölkerung und der Verbreitung von AIDS. VN-Generalsekretär Kofi Annan setzte sich auf der Konferenz für die Forderung nach einem VN-Sonderberichtersteller für Genozid ein.
17. Ist die Übertragung militärisch-polizeilicher Befugnisse an die VN denkbar, etwa im Sinne von Jürgen Habermas: „Wir brauchen auch die Fortbildung des Jus in bello zu einem Interventionsrecht, das den innerstaatlichen Polizeirechten sehr viel ähnlicher sehen würde als der Haager Landkriegsordnung, die ja immer noch auf Kriegshandlungen zugeschnitten ist und nicht auf zivile Formen der Strafvereitelung und des Strafvollzugs.“ (*Blätter für deutsche und Internationale Politik* 1/2004, S.38)
18. Der Ansatz von Karlheinz Koppe, wie er ihn auch schon in der Debatte um die umstrittene Erklärung „Wider einen kommentarlosen Pazifismus“ 1995 vertreten und später weiter entwickelt hat, scheint mir ähnlich gelagert (u.a. *FriedensForum* 3/2001, vgl. auch die Dokumentation *UN-Interventionen für Menschenrechte?!, Studententag der deutschen Sektion von pax christi am 24. Mai 2002 in Kassel*). „Der berechtigte Vorwurf, dass die internationale Gemeinschaft es an Krisen- und Gewaltprävention missen lässt, hilft weder den betroffenen Menschen noch den engagierten Helfern.“ Doch für ihn „ist eine stimmige, wenn auch

schwierige Antwort durchaus möglich.“ Er bezieht sich dabei auf den Pazifisten Albert Einstein, der angesichts von Nationalsozialismus und Faschismus „sich eine internationale Polizeitruppe vorstellen könne, da es diese aber noch nicht gebe, müsse eben militärisch gehandelt werden.“ Der Name für diese „Polizeieinheiten“ ist auch schon gefunden IPF – *International Police Force*. „Selbstverständlich darf auch ein Polizeieinsatz nur im Rahmen einer Ermächtigung durch den VN-Sicherheitsrat erfolgen.“ Weiterhin: „Unter der Voraussetzung, dass über die Schaffung solcher internationaler Polizeieinheiten Konsens erzielt sowie mit Ausbildung und Aufstellung ernsthaft begonnen wird, könnte übergangsweise auch über herkömmliche militärische Interventionen Übereinkunft erzielt werden.“

19. Was bedeutet im Kontext afrikanischer „neuer Kriege“ (so die Terminologie Mary Kaldors) dann noch, „dem Rad in die Speichen fallen“ im Sinne Bonhoeffers? Wie können wir sicher sein, dass der Geist der Gewaltfreiheit unsere inspirierende Kraft bleibt (*Gerechter Frieden 204*), die endgültige Überwindung von Gewalt und Krieg unser Ziel? Bleibt uns als Ausweg aus dem Dilemma nur die Option des radikalsten Pazifismus, der jegliche ordnende Gewalt ausschließt? Die Aufgabe: Wir dürfen dem Anderen nicht das Martyrium aufzwingen, und müssen doch zugleich und immer wieder neu unser friedenspolitisches Profil wahren. Unsere Partner in Afrika erwarten von uns, dass wir ihre Positionen wahrnehmen und uns mit ihnen solidarisieren.
20. Mit der Forderung nach einer Weiterentwicklung des Völkerrechts und nach einem „höheren Grad internationaler Ordnung“ (Johannes Paul II, Botschaft zu Weltfriedenstag 2004, Abschnitt 7) ist die Sache auf den Punktgebracht: Friedenspolitik als Weltordnungspolitik (vgl. auch Dieter Senghaas, *Zum irdischen Frieden*, Frankfurt a.M. 2004, „Ausblick“).
21. „Suchet den Frieden und jaget ihm nach!“ (Ps 34). Die Friedensbewegung war und ist stark von der Situation in Lateinamerika inspiriert und tut sich – abgesehen von der Apartheidsfrage - schwer mit afrikanischen Konflikten. Doch Afrika liegt nicht am Rand, sondern im Zentrum: Darauf müssen wir aus der Mitte der Bewegung heraus reagieren. Zentralafrika lässt sich auch nicht als Anwendungsbeispiel eines am grünen Tisch ausdiskutierten Pazifismus abhandeln. Auf unserem historisch gewachsenen pax christi-Hintergrund halten wir gemeinsam fest: Kein Frieden ohne den für pax christi zentralen Begriff der Versöhnung (vgl. auch Botschaft zum Weltfriedenstag 2004 von Papst Johannes Paul II, Abschnitt 10). Noch wissen wir in der Friedensbewegung im Norden viel zu wenig, wie Versöhnung in Afrika funktioniert. pax christi als Lerngemeinschaft (im Sinne der „Hübinger Erklärung“) wird sich *qualitativ* verändern, wenn afrikanische Komponenten stark werden. Wir haben gerade erst begonnen, Afrika *wahrzunehmen*.

# Zum Inter-Kommissionstreffen in Köln am 3.7.2004

## Resümmeé der Kommission Friedenspolitik

Christof Grosse (Sprecher) für die Kommission Friedenspolitik

Es scheint sinnvoll, vorab an den konkreten Anlaß zu erinnern, der zur Kontroverse zwischen der Kommission Friedenspolitik (damals noch AG Rüstung/Militarisierung/Krieg) und der Kommission Solidarität mit Zentralafrika führte. Im Frühsommer 2003 ging es der Kommission Zentralafrika, unterstützt von Pax Christi International in Brüssel vor allem darum, sich öffentlich und politisch für einen Einsatz von EU-Streitkräften im Ostkongo stark zu machen. Zweck dieses Einsatzes sollte es sein, eine neue Gewalteskalation in dieser Region und drohende Massentötungen unter der Zivilbevölkerung zu verhindern bzw. einzudämmen. Die AG Rüstung/Militarisierung/Krieg lehnte hingegen den Einsatz von Euromilitärs für vorgebliche Zwecke der Friedensstiftung in Afrika aus grundsätzlichen und politischen Erwägungen ab. Schon diese Vorgeschichte zeigt, dass der Arbeitstitel „Humanitäre Interventionen“ für unsere Kommission von Anfang an einen kritischen Hintersinn besaß: 'Interventionen' dieser Art stoßen auf unsere grundsätzliche Skepsis, die auch und gerade den zeitgenössischen Legitimationsformeln für kriegerisches Handeln gilt. Für uns verbindet sich solche Kritik mit einer entsprechend kritischen bis ablehnenden Position gegenüber einer auch in der deutschen pax christi-Bewegung erkennbaren Tendenz, die unser Verhältnis zum Militärischen zu 'normalisieren' versucht. Die lang vorbereitete Tagung von Justitia et Pax zur Militärpolitik in Bonn, gemeinsam mit pax christi und der Arbeitsgemeinschaft katholischer Soldaten, kann hierfür ebenso als ein Indikator gewertet werden wie etwa das Forum, das dem ev. Militärdekan Scheffler in der pax zeit geboten wurde. Eine kaum zu leugnende Abhängigkeit unserer Arbeit bei den Friedensdiensten von der Unterstützung durch die Bundesregierung dürfte in diesem Zusammenhang ebenso ins Gewicht fallen wie der pragmatische Umgang, der von Pax Christi Internationalis in Brüssel an den Tag gelegt wird, wenn es um die neue Rolle Europas in dieser globalisierten Welt geht.

Wie sind die Tatbestände des Völkermords, von ethnischen Säuberungen oder von Massentötungen überhaupt im Sinne des Völkerrechts einzuordnen, und welche legitimen Schutzmaßnahmen für eine betroffene Bevölkerung gibt es? Als hilfreich erwies sich hier eine erste Begriffsklärung zum Thema „humanitäre Interventionen“. Reinhard Voss und Fred Klinger umrissen zu Beginn des Treffens das orthodoxe Lehrverständnis und gaben Hinweise zur politischen Umbesetzung des Begriffs. Klar wurde dabei, dass der Begriff der „humanitären Intervention“ in den internationalen Beziehungen schon in der Vergangenheit zur Legitimation kriegerischer Interventionen herhalten mußte. Seit den frühen 90er Jahren ist der Begriff um eine geradezu selbstverständliche militärische Komponente erweitert worden. Seitdem sich Politik in Zwangskonstruktionen wie den „Krieg gegen den Terrorismus“ hineinpervertiert hat und damit nur widerspiegelt, wie in der Ökonomie die Krise inzwischen zum System geworden ist, erscheint der Begriff als so schillernd und moralisch fragwürdig, dass seine Verwendung für friedenspolitische Absichten inakzeptabel ist.

Neben anderen schriftlichen Beiträgen lagen dem Treffen vor allem zwei umfangreichere Grundsatzpapiere vor: Zum einen ein Thesenpapier von Heinz-Werner Weßler vom Frühjahr 2004, in dem versucht wurde, Position zu beziehen für ein militärisches Engagement zur Verhinderung genozidaler Ereignisse. Er legte seine Sichtweise vor dem Hintergrund einer kritischen Bestandsaufnahme des mangelhaften Engagements der deutschen Friedensbewegung für die afrikanischen Belange dar und vertrat die These, dass der Kontinent unter Ausnahmebedingungen zu leiden habe, die sich einer konventionellen Beurteilung von Krise und Konfliktprävention nach europäischen Maßstäben entziehen würden.

Fred Klinger hat darauf in einem Grundsatzpapier zu antworten versucht, das auf einige der im Weßler-Papier aufgeworfenen Fragen eingeht. Ausgehend von den Genoziderfahrungen in Ruanda 1994 sowie den Massentötungen im kongolesischen Interventions- und Bürger-

krieg begründet er die These, weshalb der Ruf nach humanitären Interventionen in Afrika im wesentlichen als Verhüllungsmanöver für postkoloniale und geostrategische Einflußnahmen auf dem afrikanischen Kontinent aufzufassen sei. Die USA sowie andere europäische Nato-Staaten (insbesondere Frankreich und Großbritannien, teilweise aber auch Belgien, Portugal und Spanien) seien nachweislich durch steuernde Eingriffe und aufgrund struktureller Einflußnahmen für die jüngsten humanitären Katastrophen in Afrika mit verantwortlich zu machen. Sie seien so vollständig durch ihre Machtinteressen korrumpiert, dass sie für Ordnungs- und Schutzmaßnahmen im Sinne des Völkerrechts ausschieden. Darüber hinaus plädierte das Papier unter dem Begriff der "Gewaltkontrolle" für ein militärisches Eingreifen nach Maßgabe des Völkerrechts, falls genozidale Ereignisse, ethnische Säuberungen oder Formen organisierter Massentötung mit politischen Mitteln nicht mehr aufzuhalten seien. Aber weder auf die Thesen von Fred Klinger noch auf die von Heinz-Werner Weßler wurde während des Treffens weiter eingegangen. Genausowenig konnte die von der Zentralafrika-Kommission behauptete Sonderproblematik der afrikanischen Bedingungen verdeutlicht werden. Vielleicht sind 17 Teilnehmer und nur ein Tag auch zu viel vorgenommen.

Stattdessen bestimmten Erwägungen über die Amivalenz der möglichen Standpunkte zum militärischen Eingreifen, über die Kontinuität im Beharren auf Gewaltfreiheit, die unsere Bewegung prägt (Feuersteiner Erklärung), und über die Auswirkung der physischen Präsenz von militärischer Gewalt die Diskussion. Diese Aporie wurde mit einem Hinweis auf Dag Hammarskjöld illustriert. Auf die Frage, ob ein Eingreifen mit UN-Blauhelmsoldaten unter das Kapitel VI der UN-Charta (friedliche Beilegung von Streitigkeiten) oder aber unter Kapitel VII (Maßnahmen bei Bruch des Friedens oder Angriffshandlungen, die auch militärische Zwangsmaßnahmen einschließen) falle, gab der ehemalige UN-Generalsekretär die salomonische Antwort: Es würde sich hierbei wohl um Maßnahmen nach Kapitel sechseinhalb handeln. Während von verschiedenen Mitgliedern der Kommission Zentralafrika eine nicht weiter konditionierte Befürwortung von militärischen Interventionen im humanitären Katastrophenfall als notwendiger Baustein unter anderen eingestuft wurde, wurde von anderen Teilnehmern vor allem die treibende Rolle und die vorrangige Verantwortung der führenden westlichen Staaten für die katastrophischen Durchsetzungsformen der heutigen Globalisierung hervorgehoben.

Der alltägliche, stumme Genozid einer neoliberalen Globalisierung, die mit militärischen Mitteln vorangetrieben würde, sei kein Ordnungsfaktor, sondern eine der Hauptursachen auch der afrikanischen humanitären Katastrophen (Fred Klinger). Vergleichbare Einschätzungen gaben verschiedene Mitglieder aus den Kommissionen Weltwirtschaft und des Solidaritätsfonds eine Welt. So stellte Peter Schönhöffer die Gesamtproblematik in den weiteren ökonomischen Zusammenhang von Globalisierung und konstatierte die Tendenz zur Internationalisierung der „nationalen Sicherheitsinteressen“ auf der einen, und zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit dieser Nationalstaaten auf der anderen Seite. Der „neue Mut“ der Industrienationen zur Ausgrenzung der sozial Schwachen und Migranten gehe einher mit einer neuen Bereitschaft zur Entgrenzung weltpolitischer Einflußsphären.

Die positiven Erfahrungen einer langjährig gewachsenen Kultur der Gewaltfreiheit und der Achtung von Menschenrechten bildeten das argumentative Zentrum, das in verschiedenen Beiträgen von Mitgliedern der Kommission Soli-Fonds thematisiert wurde. Christa Guerrero und Heinz Neuser hoben das Lernbeispiel sowie die besonderen Stärken des lateinamerikanischen Widerstands hervor, der unter den Bedingungen heutiger Globalisierungen die mögliche zivile Gegenwehr von indigenen Bevölkerungsgruppen gegen schwerwiegende Menschenrechtsverbrechen bis hin zur Bedrohung durch Genozid aufzeigt. Am Beispiel des Widerstands der Chiapas-Indianer kann aufgezeigt werden, wie der Druck der internationalen Öffentlichkeit gerade durch das strikte Festhalten an der Gewaltfreiheit überhaupt erst mobilisiert werden konnte. (Mit Prinzipien wie: "Eine neue Welt ist möglich!", "Alles für alle!" und "Gehorchend regieren!") Freilich bleibt die Übertragbarkeit lateinamerikanischer Modelle auf Zentralafrika ebenso zu hinterfragen wie eine Vergleichbarkeit im Konfliktgehalt und im Ausmaß der humanitären Katastrophe. Die eigentliche Kernfrage des Kölner Treffens: Was kann, was sollte getan werden im Angesicht vonstattengehender Völkermorde oder unmittel-

bar bevorstehender Megaverbrechen an einer Zivilbevölkerung - wurde durch die Beispiele des lateinamerikanischen Widerstands nicht direkt thematisiert. Auch andere Themen, die wir uns gestellt haben: Die spezifische Lage in Zentralafrika; die notwendige Unterscheidung von Militär und Polizei; die Problematik von ziviler und militärischer Kooperation; und Möglichkeiten zur Stärkung der Friedensbewegung kamen an diesem Tag nicht mehr oder (Zentralafrika) nur punktuell zur Sprache.

Unser entscheidender Kritikpunkt an der politischen Position der Kommission Zentralafrika, deren persönliche Nähe zu lokalen pax christi-Gruppen und Mitgliedern in Zentralafrika hoch zu veranschlagen ist, spitzt sich insbesondere dort zu, wo es um eine ebenso arglose wie scheinbar selbstverständliche Inanspruchnahme EU-europäischer oder natogelenkter Militärapparate für die Zwecke politischer Stabilisierung und humanitärer Hilfe in Afrika geht. Dieser blinde Fleck auf der politischen Landkarte globalisierungswütiger Hegemonialinteressen ist für uns ebenso offenkundig wie klärungsbedürftig. Die sich zuspitzende Situation in Darfur ist ein Beispiel dafür, wie die nächste humanitäre Katastrophe unter Ausschluß ziviler Alternativen vorbereitet wird, um in der ölreichen Region Fuß zu fassen. Was sonst sollte der Besuch von Außenministern wie Powell und jetzt auch Fischer im Sudan bedeuten, wo doch an so vielen Orten der Welt Genozide drohen, über die nicht einmal informiert und in die nicht eingegriffen wird - Tschetschenien, Kolumbien, womöglich Chiapas?

Was wir von unserem Inter-Kommissionstreffen mitnehmen, ist die Ablehnung einer verengten Debatte, die auf militärische Optionen setzt, und die übereinstimmende Auffassung, daß der Begriff der „humanitären Intervention“ von jetzt an nicht mehr zu verwenden ist. Gleichzeitig zeichnen sich neue Leerstellen unseres Selbstverständnisses und neue Grundsatzfragen ab, über die in Zukunft ein intensiverer Austausch zu führen wäre. Dazu gehören Punkte wie

- die Bestimmung unseres Christseins in der heutigen Welt und die damit verbundenen Grundhaltungen, die, zugespitzt ausgedrückt, vom Pol einer sich engagierenden, aber sich letztlich arrangierenden Position bis hin zum Gegenpol reichen, der vom Primat einer grundsätzlichen Weltdistanz ausgeht.
- die Abklärung und erweiterte Begründung friedentheologischer Grundbegriffe, die zum Komplex „gerechter Krieg“ und zur möglichen Rechtfertigung von Kriegen heute gehören. Leben wir nicht längst inmitten einer menschengewirkten Katastrophe, die nun auch noch als Rechtfertigungsfigur für globale Kriegsführung, für den endlosen, humanitär gerechtfertigten Krieg benutzt wird?

Solche Klärungen können dazu beitragen, unsere Fähigkeiten zu neuem Handeln in einer globalisierten Welt zu stärken. Doch dürfte ein entscheidender Baustein unseres friedenspolitischen Engagements im Aufbrechen der eigenen materiellen, politischen und sozialen Verstrickungen zu sehen sein. Geht es nicht auch und gerade um die Aufkündigung unserer strukturellen Komplizenschaft, um den glaubhaften Gegenentwurf, der nur der gewaltfreie sein kann? Kampagnen wie die Coltan-Initiative leisten gewiß wertvolle Arbeit, und die Berücksichtigung inner-afrikanischer Sichtweisen - so ungewohnt sie für unsere Ohren ausfallen mögen - kann uns helfen wichtige Bindeglieder zwischen gebotener Solidariät und notwendiger Empathie zu entwickeln. Aber geht es in Zeiten wie diesen nicht um Grundsätzliches und um mehr? Uns drängt sich auf, dass die neuen weltpolitischen Herausforderungen nach Antworten verlangen, die auf ein Mehr an Zuversicht im Glauben und auf eine Festigung unserer spirituellen Unabhängigkeit hinauslaufen. Uns in solchen Visionen zu bestärken, darin liegt vielleicht der wirksamste Beitrag, den pax christi für eine Stärkung der Friedensbewegung leisten könnte.

# **Eindrücke, Einsichten und offene Fragen im Hinblick auf den gemeinsamen Studientag der vier im Nord-Süd-Bereich arbeitenden Kommissionen von pax christi zur Frage „Humanitärer Interventionen“**

Peter Schönhöffer für die Kommission Weltwirtschaft/Ökologie/Soziale Gerechtigkeit,  
August 2004

## **I. Generalabsicht**

Die Kommission „Weltwirtschaft/Ökologie/Soziale Gerechtigkeit“ hat sich in Folge einer jahrelangen intensiven Debatte seit geraumer Zeit als eine Art Grundsatzkommission innerhalb (und außerhalb) von pax christi (*künftig: pc*) bestimmt. Es gilt primär, strukturelle Kriegsursachen zu benennen, darüber Meinung zu bilden und Entscheidungen vorzubereiten, d.h. eine Art Spür- und Wachhundfunktion wahrzunehmen, um die pc-„Bewegung“, als die sie sich nach wie vor gerne bezeichnet, ebenso wie die christlich ansprechbare Basis und die allgemeine Öffentlichkeit, pointiert, nachhaltig und von einer neueren politischen Theologie inspiriert, auf die strukturell in der Weltgesellschaft angelegten Schief lagen und daraus resultierenden Ungerechtigkeits- und Ungleichheitsfragen aufmerksam zu machen. Auf dass damit soziale Bewegung fundiert, gespeist und im kirchlichen Bereich zuweilen auch aller erst ermöglicht werde. Denn in den gegenwärtig vorherrschenden Formen von „bewaffneter Globalisierung“, in denen Konzernherrschaft, geostrategische Interessen und militärische Drohpotentiale und Interventionen Hand in Hand gehen, liegen vorentscheidende Wurzeln für die meisten der für die massenmedial hergestellte Öffentlichkeit scheinbar so chaotischen und unerklärlichen Genozide, Bürgerkriege, Ethnisierungs- und Stammeskonflikte, deren innere Strukturierung tatsächlich bis in die Kreise sozialer Bewegungen hinein viele auf der Phänomenebene als disparat und unzusammenhängend empfinden. In einer solchen Einschätzung der Lage liegen wir nahe an Einsichten, wie sie von Mitgliedern verschiedener Kommissionen auf dem Kölner Studientag geäußert worden sind, unserer Wahrnehmung nach am deutlichsten bei Fred Klinger, in jeweils etwas anderen Schattierungen auch bei Reinhard Voß, Andreas Schillo und Heinz-Werner Weßler. Auch nehmen wir für uns in Anspruch, explizit diejenigen Linien auszuziehen, die in der hilfreichen Erklärung von PC-International „Aufbau der Grundlagen umfassender Sicherheit“ von Vertretern aus 45 Ländern am 22. Mai 2004 in New Jersey (USA) grundgelegt sind.

## **II. Zur Sache selbst**

These: Zur Sache selbst kann man adäquat nur mit Hilfe einer kritischen Kontextanalyse, die für viele unter dem Stichwort „neoliberale Globalisierung“ nachvollziehbar Gestalt gewonnen hat, gewinnbringend eine politische Aussage machen.

Begründung: Selbst wenn es gelänge, das Recht auf „humanitäre Intervention“ an ein feinmaschiges Netz aus Prämissen zu binden, steht zu befürchten, dass, selbst wenn solches im Rahmen der (bestehenden) UN irgendwann installiert sein sollte, diese (ohne durchgreifende Weltveränderung, UN-Reform und entscheidender Stärkung des Völkerrechts) in der gegenwärtigen Weltlage, wenn es wirklich darauf ankommt, schnell wieder uminterpretiert oder ganz übergangen werden. Dies ist in den letzten Jahren massiv vorgeführt worden, wie zuletzt Hans Leyendecker („Die Lügen des Weißen Hauses, rowohlt 2004) offengelegt hat.

### **II.a. Problemstand - Kritik der Problembearbeitung politischer und zivilgesellschaftlicher Akteure**

Seit etwa Anfang der 1990er Jahre macht eine neue Rechtskonstruktion im Völkerrecht von sich reden: Die sogenannte humanitäre Intervention. In den 80er Jahren noch als Begrifflich-

keit der Friedensbewegung, genauer gesagt der Bergmann-Stiftung im Sinne ziviler Befriedungsarbeit statt militärischen Eingreifens geprägt, hatte die Gegenseite Anfang der 90er Jahre die Kraft den Terminus zu okkupieren und umzumodeln. (Genauso wie es der aktuellen US-Militärstrategie jetzt mit dem Begriff Präventiv-(Krieg) gelungen ist.) Als militärische Maßnahme erstmals nach dem Golfkrieg 1991 zur Begründung für die von Großbritannien und den USA durchgesetzten Flugverbotszonen im Irak in Erscheinung getreten, folgten schnell eine ganze Reihe weiterer Militärinterventionen mit dem Label „humanitär“: Darunter Somalia, Bosnien, Kosovo, Osttimor und die Demokratische Republik Kongo.

Obgleich von einem der amerikanischen Chefideologen, Francis Fukuyama soeben noch in beispielloser Selbstüberschätzung des Marktliberalismus das „Ende der Geschichte“ ausgerufen worden war, welches das baldige Verschwinden von Konflikten und Kriegen hätte mit einschließen sollen, nahm deren Anzahl infolge des kulturraumübergreifenden medialen (CNN), finanztechnischen (Asien-Krise, Russland-Krise) und ökonomischen Zusammenwachsens der Welt (Ausweitung „freier Produktionszonen“, unhinterfragter „Global geht vor“-Grundsatz) unter extrem ungleichen Ausgangsbedingungen, wie von der Friedens- und Konfliktforschung leicht vorherzusehen war, seit Mitte der 90er Jahre wieder kontinuierlich zu. Besonders dramatisch äußerte sich diese Ausgangssituation zunächst in der Zunahme sogenannter innerstaatlicher Konflikte. Von den hiesigen Medien wurde dies unter Beibehaltung einer inadäquaten eurozentristisch-wohlstandschauvinistischen Sichtweise, wenn überhaupt wahrgenommen, dann vorschnell als irrationale ethnische oder terroristische Konflikte abgetan.

Das Konzept der sogenannten humanitären Intervention ist keine imperialistische Erfindung, Erstaunlich genug ist es in der UN hoffähig geworden. Die deutschen „Grünen“ zeigen sich ihm bekanntlich bereits mehrheitlich verfallen. In der UN wurde die entsprechende Debatte, die mit Somalia 1993 ihren Anfang genommen hatte, als notwendige „Weiterentwicklung des Völkerrechts“ unter dem Eindruck der bedrohten Kurden im Nordirak 1991, der Katastrophe in Ruanda 1994, Srebrenica 1995 und der Kosovo-Krise 1999 zur Stabsangelegenheit erklärt. Es war kein geringerer als Kofi Annan selbst, der im Jahr 2000 mit der Hauptintention von Opfer- bzw. Minderheitenschutz, eine Kommission zu Interventionen und staatlicher Souveränität einsetzte, deren Abschlussbericht vom Herbst 2001 („The responsibility to protect“) verheerende Fernwirkungen nach sich ziehen könnte. Denn nun ist der in sich zugegebenermaßen nicht unproblematische Begriff „staatlicher Souveränität“, wie ihn Art. 2, Abs. 4 der UN-Charta sozusagen für sakrosankt erklärt, von einer Seite ausgehöhlt, die - entgegen der politisch naiven Einschätzung des bundesdeutschen „Forums Menschenrechte“ - schlimmsten Befürchtungen Tür und Tor öffnet. Nach dem Willen der Kommission kann und muss in Fällen von „großem Leid“, „schweren Menschenrechtsverstößen“, Staatsversagen, Bürgerkriegen oder Hungerkatastrophen der UN-Sicherheitsrat in seiner bisherigen Zusammensetzung im Vorfeld bereits seine „Verantwortung zu verhindern“ wahrnehmen - was entlarvend genug durch die Ziele der Etablierung eines „demokratischen Regimes“ und die Unterwerfung unter gängige IWF/Weltbank-Programme erreicht werden soll.

Im Grunde ist das erste diesbezügliche Exempel in Haiti (an der „undemokratischen“ Regierung des Ex-Armenpriesters J.B. Aristide) bereits statuiert worden. Die USA brauchten dabei noch nicht einmal mehr einzumarschieren wie noch kurz vorher in Grenada oder in Panama. Der diplomatische Druck und die scheinbare moralische Legitimierung („The responsibility to protect“) genügten bereits. Damit aber noch nicht genug. Es wird in dem vorliegenden Bericht dann unter Umgehung bisheriger völkerrechtlicher Restriktionen und Gewaltverbote auch noch eine Verantwortung, militärisch und durch Sanktionen zu reagieren - und anschließend (sicherlich durch die eigenen Firmen) wiederaufzubauen definiert. Gelingt es dem UN-Sicherheitsrat nicht, in „konstruktiver Weise“ mit der Sachlage umzugehen, geht seine Verantwortung gar an andere Staatenzusammenschlüsse oder sogar einzelne Staaten (sic!) über. Damit eröffnen sich die UN, nicht zuletzt aber auch die NATO und die USA auf der Basis rückständiger wirtschafts- und machtpolitischer Philosophien Tür und Tor. Es ist klar, dass es letztendlich zuerst und zuförderst darum geht, ökonomische und geostrategische Machtinteressen schon im Ansatz durchzudrücken und unerwünschte Begleiterschei-

nungen wie Flüchtlingsbewegungen größeren Ausmaßes und internationales Aufsehen bereits im Keim zu ersticken. Die eigenen Machtinteressen bestehen einerseits in der Ressourcenaneignung (Diamanten und Coltan im Kongo, Öl im Irak, Ölpipelines in Afghanistan und Usbekistan). Andererseits spielen Konflikte inter-imperialistischer Art um Währungskonkurrenzen (Dollar gegen Euro) und geostrategischen Einfluss wie heute etwa im Irak eine Rolle. So stärkt der ungehinderte Zugang zum Öl im Irak (wo unter Saddam Hussein gerade auf Euro-Abrechnung umgestellt worden war) den US-Dollar und die US-Wirtschaft, ohne den die hochverschuldete USA bereits in näherer Zukunft kaum überlebensfähig wäre.

Mit Michel Chossudovsky und Franz Hinkelammert ist hier entschieden und unzweideutig zu argumentieren: Die stärkste Motivation für reiche Staaten auf missbräuchliche Weise „humanitäre Interventionen“ zu führen, erfolgt gemäß ihrer Ausrichtung im globalisierten Kapitalismus als Sicherheitsstaaten nach außen und nationale Wettbewerbsstaaten nach innen. Die „nicht-integrierten Lücken“, so Bush-Berater Barnett, gegen die sie sich dabei abzuschirmen versuchen, stellen dabei sowohl nicht-integrierbare Arbeitslose und Flüchtlinge wie auch nicht-integrierbare „Schurkenstaaten“ dar und umfassen ca. 1/3 der Menschheit. Die Sicherung der Kapitalinteressen, die nach wie vor als staatliche Hauptaufgabe anzusehen ist, erfolgt also nicht mehr so sehr durch Integrationsversuche, wie noch in kurze Zeit zurück liegenden Phasen des Weltsystems, die unser politisches Normalitätsgefühl noch vielfach prägen, sondern zunehmend durch einen Mix aus blanker Repression, atomarer Drohung und militärischen Schlägen. Nach außen hin wird die Gewalt nicht selten mit dem Terminus und der Konzeptentwicklung der „humanitären Intervention“ legitimiert. Nur demjenigen, der diese Überlegung mitmacht, erschließt sich die dann um so verräterischer klingende Bemerkung des deutschen Verteidigungsministers P. Struck, die „deutschen Interessen würden am Hindukusch verteidigt“, die ansonsten für die gängige wohlmeinende Naivität rätselhaft bleibt.

Auf diese Weise droht folgendes Szenario: Für die „humanitäre Intervention“ werden menschen- und völkerrechtliche Standards aufgegeben. Eine funktionierende Weltfriedensordnung, inkl. der dazugehörigen Rechtsdurchsetzung, rückt so in weite Ferne. Man beseitigt Rechte und gibt vor, den Bruch der Humanität mit „humanitärer Gewalt“ ausgleichen zu können, und zwar zunehmend dann, wenn noch lange keine „schwersten genozidalen Tatbestände“, wie sie im Römischen Statut festgelegt waren, vorliegen. Manchmal wird die Sache dadurch nur noch schlimmer wie etwa im Kosovo 1999. Fred Klinger weist darauf hin, dass „humanitäre“ Schutzbehauptungen laut dem Standardwerk der Völkerrechtsgeschichte von Wilhelm Grewe bereits die imperialen Kriege Europas im 19. Jahrhundert durchzogen haben. Heute macht die Notwendigkeit einer derart gequälten ethischen Argumentation realistischere vor allem eines deutlich: Dass der nunmehr globale, entwickelte Kapitalismus seit einigen Jahren zu immer neuen Höhepunkten an Barbarei führt und in Zukunft noch in verstärktem Maße führen wird.

Was aber kommt nach der „humanitären Intervention“? In den USA sind in der allgemeinen Terroristenhysterie in höchst erschreckendem Ausmaß bereits erfolgreich das Konzept der „humanitären Folter“ und des quasi rechtsfreien Raumes zur akuten Gefahrenabwehr, sowie erheblich verminderte Bürgerrechte für alle etabliert worden. Diskussionen um die „humanitäre Folter“ sind auch in Deutschland im Fall des entführten Jakob von Metzler geführt worden. Diesbezüglich ist in Erinnerung zu rufen: Die Diskussion um die Güterabwägung zur Folter ist ein Tabubruch. Menschenrechte dürfen nicht der vermeintlichen „Humanität“ geopfert werden. Ansonsten gerät unser Wertesystem, auf dem das Rechtssystem aufruht, ins Wanken. „Wie in einem Brennglas bündeln sich die Fehlentwicklungen unilateralistischer Machtpolitik des siegreichen Kapitalismus im internationalen Terrorismus. Der 11. September hat nicht „alles“ verändert, sondern nur sichtbar gemacht, wohin die Regression vor der Wirklichkeit der globalisierten Welt führen kann.“ (Joachim Garstecki, Auf eine List der Vernunft hoffen, Frankfurter Rundschau, 2.10.2003, 11)

## II.b. Perspektiven

Angesichts der unter II.a. beschriebenen Weltlage ist vielmehr dem Ausbau von nationalen und internationalen Menschenrechtsvereinbarungen, eines funktionierenden regionalen Frühwarnsystems, rechtzeitiger Konsultationen der Konfliktparteien, sowie der *Regionalisierung des Konfliktmanagements* insgesamt aufzuhelfen. Als Mindestbedingung aber müssen kooperative und multilaterale Konzepte und Strategien in den internationalen Beziehungen wieder hergestellt werden. Der eigentliche Akzent aber muss darauf gelegt werden: Zu fordern ist die Einbindung einzelstaatlicher Interessenverfolgung in ein friedenspolitisches Gesamtkonzept, das sich einem global verstandenen Gemeinwohl verpflichtet sieht; ja darin gipfelt, die primären Verursachungsfaktoren für gewaltträchtige Konflikte (Armut, Elend, Entwurzelung, sozio-kulturelle Demütigung) mit gewaltfreien Mitteln zu bearbeiten, worauf die veränderte Leitperspektive des Bischofswortes „Gerechter Friede“ im Jahr 2000 die öffentliche Aufmerksamkeit gelenkt hatte. Sonst droht die „Ausbreitung einseitiger und gesetzloser Anwendung von Gewalt, egal ob mit oder ohne hinreichende Rechtfertigung.“ (Kofi Annan bei der Eröffnung der UN-Vollversammlung im September 2003). Als pc müssen wir heute darüber hinaus die grundsätzliche Frage aufzuwerfen wissen: Müssen über kurz oder lang nicht humanitäre Interventionen zum Schutz der Zivilbevölkerung vor der unheiligen Allianz aus Großkonzernen (Global Players) und dem letztlich weltweit gottähnlich souveränen repressiven Militärapparat der Vereinigten Staaten, wie sie US-Präsidentenberater Barnett ungeschminkt vorschlägt (Blätter für dt. und internationale Politik, 5/2003, 554-564 u. 6/ 2004, 703-711), Priorität bekommen? Der entwickelte Kapitalismus wird ganz sicher nicht ohne weitere Kriege zur Ressourcensicherung auskommen. Es wird eine weitere „Privatisierung von Kriegen“ (Söldnerheere), (Bürger) Kriegsökonomien, Staatenzerfall etc. geben. Die Lösungen können letztlich nicht unter Mobilisierung der „moralisch rechtschaffenen“ Kräfte innerhalb des jetzigen Weltsystems gefunden werden. Vielmehr ist das auf innere und äußere Landnahme angewiesene entwickelte kapitalistische Weltsystem selbst die Krise, die es geduldig, aber hartnäckig zu überwinden gilt – will eine nach allen Seiten abwägende christliche Position nicht selbst schneller als ihm lieb sein wird, bis zur Unkenntlichkeit amalgamiert und überwunden werden. Wie aber könnte so etwas vorstellbar gemacht werden? Diesen Standpunkt durch *strategisch ausgerichtete Öffentlichkeitsarbeit* sichtbar zu machen entbindet indes nicht von der Suche nach Lösungen zu aus unserer Sicht *offenen Fragen: Was tun in Konflikten wie in Ruanda, wo es (auch) durch die Kolonialgeschichte (1914) und die historische Intervention der UN von 1959, aber auch durch das aktuelle Wegschauen des Westens zum Genozid kam? Kann, ja muss es eine Ausnahmeform der Gewaltkontrolle als allerletztes Mittel in sozusagen heillosen Situationen geben – und wie kann diese aussehen? Welche Antwort geben auf das seit mindestens zehn Jahren in Afrika sichtbar gewordene Problem der „failed states“ und der zu 30-40% in heillosen Gewaltausbrüchen endenden „Demokratisierung“ von ehemaligen Diktaturen?*

## III. Zum Verhältnis von Pragmatismus und Utopie

Um öffentlich wahrgenommen zu werden und wenn möglich Wirkmächtigkeit zu erreichen, ist ein ausgewogenes Verhältnis von im Einzelfall notwendigem Pragmatismus und substanzieller Utopie anzustreben. Sicherlich gilt: Vor Ort und im Dialog mit unseren Partnern ist es immer am schwierigsten lokal angepasste Lösungen zu finden. Hier stellen sich ideologische, pragmatische Fragen und Machbarkeitsfragen so drängend und ineinander verwoben, dass ein Gewichten, Abklären und Entscheiden schwer fällt. Dennoch erscheint es anhand der von Deutschland aus zugänglichen Informationen wichtig und richtig, die folgende Verhältnisbestimmung vorzuschlagen:

Im konkreten Fall schwerer und systematischer Verletzungen der Menschenrechte - darunter fallen massenhafte Vertreibungen (Säuberungen) bis hin zum Völkermord in einem Land - ist nach Sanktionsmöglichkeiten juristischer Art im Rahmen rechtsstaatlicher Normen und nach Möglichkeiten vorausschauender Friedenspolitik Ausschau zu halten. Prinzipiell gehören dazu in abgestufter Weise Verhandlungen und diplomatischer Druck bis hin zu rechtzei-

tigen (welt)polizeilichen Maßnahmen der UNO, wie sie bereits seit 15 Jahren in der Diskussionsschleife stecken, internationale Friedensmissionen nach Artikel VII der UN-Charta, unter bestimmten Umständen auch „Peace Keeping-Aktivitäten“ und die Entsendung von Beobachtergruppen. Um glaubwürdig zu bleiben/werden steht daneben mindestens gleichrangig und gleich dringlich an, die Reform des UN-Sicherheitsrates voranzutreiben – z.B. Parlamentarisierung der Entscheidungsfindung plus qualifiziertes Votum der Generalversammlung oder entsprechend dem Vorschlag von pax christi Frankreich: Erweiterung auf 20 Staaten und Entscheidungen mit 2/3 Mehrheit. Daneben gilt es, den Ausbau des internationalen UN-Strafgerichtshofes zu betreiben, sowie unbedingt, die Bereitstellung von Fachkräften der zivilen Konfliktbearbeitung zur Vermeidung, Beilegung und Nachsorge gewaltsamer Auseinandersetzungen, die Förderung von Sozialkapital, sozialer Mobilität, Gemeinwesenorientierung, gesellschaftlicher Verantwortung und zivilgesellschaftlicher Arrangements und wo dies kulturell anschlussfähig erscheint auch von Zivilcourage und zivilem Ungehorsam zu forcieren. Um als Weltgemeinschaft glaubwürdig und jenseits politischer Instrumentalisierungsversuche agieren zu können, geht es darum, defensive Schutzsysteme zu installieren (Geheimdienste gg. Söldner und Warlords, elektronische Schranken, Stopp- und Distanzmittel, Satellitenaufnahmen etc.) und das Hinwirken auf umfassende Versöhnungsinitiativen und andere Hilfen bei der gewaltlosen Beilegung von Konflikten entscheidend und umfassend voranzutreiben. In der Ausbildung einer diesen Maßnahmenpaketen zugrunde liegenden und sicherlich nicht konfliktfrei zu habenden, inter-religiösen und inter-kulturellen Installierung einer „Spiritualität der Gewaltlosigkeit“ fühlen wir uns auf der inhaltlichen Linie des Ökumenischen Rates der Kirchen und seines Aufrufes zu einer Dekade zur „Überwindung von Gewalt“. Biblisch besehen bedeutet dies, die Vision einer anderen Welt zu bewahren – und immer wieder neu aufzubauen.

Die Zapatistas formulieren bereits optimistisch und programmatisch: „Alles für alle“ und „hör-sam/gehorchend regieren!“ Die UN hat nicht umsonst gerade in unserer Zeit ebenfalls eine Dekade unter dem Titel „Kultur des Friedens“ ausgerufen. Oder wie N. Lohfink dies bereits 1984 vor der pax christi-Delegiertenversammlung forderte: Es geht darum, mitzuhelfen, Waldbrände nach Möglichkeit zu löschen, zugleich aber – und dies ist vielleicht das am meisten Christliche – immer neu, frische Pflanzungen einzusäen und anzulegen, die nach anderen Gesetzmäßigkeiten zu funktionieren beginnen. Allesamt stellen die genannten Maßnahmen aber weder robuste Interventionen im Sinne des Brahimi-Berichts noch friedens-erzwingende Maßnahmen im Sinne der seinerzeitigen „Strategy for Peace“ von Ex-UN-Generalsekretär B. Boutros-Ghali dar. Die jüngsten Fälle Kosovo, nicht weniger auch Afghanistan und letztlich wohl auch Liberia und Sierra Leone, gar nicht zu reden vom Irak belegen zur Genüge, dass scheinbar „humanitäre Rettungsaktionen“ unter den gegenwärtigen Bedingungen in aller Regel in der nächsten Generation noch mehr Unheil anrichten, indem sie entmündigende Protektorate errichten, mafiöse Strukturen, die Herrschaft von Kriegsherren und Drogenbaronen, sowie verzweifelte Gewaltausbrüche vorherprogrammieren und heranzüchten. Voraussetzung dazu ist indes eine Reform der UN, die diesen Namen auch verdient. Näherin wären vor allem „neutrale Kontingente“ wichtig: also z.B. schwedische oder brasilianische statt französische Polizisten in Afrika. Wenn man in der öffentlichen Debatte derzeit zu polizeilichen Konzepten „ja“ sagt, legitimiert man damit aber in der öffentlichen Wahrnehmung zumeist ungewollt und sozusagen durch die Hintertür doch wieder militärische Interventionen oder zumindest zivil-militärische Zusammenarbeiten. Gerade letzteren sollte man, worüber der Kölner Studientag meiner Wahrnehmung nach Konsens erzielte, aber keineswegs naiv begegnen. Um nicht in solche Fallen zu geraten, muss eine für die Arbeit von pc fruchtbar werden könnende Fragestellung anders gestellt werden als „Humanitäre Interventionen unter den gegenwärtigen Bedingungen: Ja oder Nein?“. Die weiterführende Frage sollte vielmehr lauten: Mit welchen völkerrechtlichen und sozialetisch vertretbaren Mitteln kann eine Bevölkerung in aktuell (drohenden) Konflikten und vor strukturellen internationalen Entrechtungen geschützt werden?

Bezugnehmend auf die unter II. vorangestellte These ist insofern unter allen Umständen jenseits des vermehrten sich Einlassens auf Diskussionen auf einem pragmatischen Terrain, auf dem die Diskursordnungen und die Medienmacht so festgelegt sind, dass selbst die bes-

ten Köpfe einer noch so differenziert argumentierenden Friedensbewegung fast nur verlieren können, unbedingt möglichst viel Kraft in die Erweiterung der Spielräume des gesellschaftlich als machbar Geltenden jenseits von militärischer Feuerwehrpolitik zu verlegen. Als Konsequenz schlagen wir vor, vermehrt Basisorganisationen unserer Partner vor Ort zu stärken, qualifizierte zivile Friedensdienste aufzubauen und das Engagement von pax christi-Sektion innerhalb des auf strukturelle Veränderungen abzielenden Rahmens von NGOs und Attac Deutschland merkbar auszubauen, d.h. auf eine breitere Basis als bislang zu stellen. Denn dort liegt eine geeignete Plattform zur Sammlung alter und Rekrutierung neuer Kräfte vor, um sich auf breiter gesellschaftlicher Basis – von ca. 200 lokalen Gruppen über Gewerkschaften, Fach-NGOs bis hin zu ökumenischen Netzwerken und pax christi - in den zukunftsentscheidenden Kampagnenfeldern „Welthandel/WTO und Privatisierung“ sowie „Genug für alle: Sozialkahlschlag als Folgewirkung „des stummen Genozids neoliberaler Globalisierung“ (Fred Klinger) zu engagieren. Dadurch würde ihre wertvolle und kenntnisreiche Facharbeit an den zumeist im Vordergrund ablaufenden Prozessen des Weltgeschehens (Friedenspolitik, Solifonds, Zentralafrika, Asyl etc.) durch Tätig-werden an Hintergrundaufhellung, gezielter Skandalisierung und öffentlicher Kampagnenarbeit an neuralgischen Punkten gegenwärtiger „bewaffneter Globalisierung“ ergänzt. Die eigenen Ziele könnten so noch befriedigender und wahrscheinlich auch deutlich wirksamer angegangen werden. Kenntnisse in Weltwirtschaft, Geopolitik und Ökologie (Kampf ums Öl, Zukunft der Energieversorgung allgemein) machen die eigenen Einschätzungen und zu fordernden Veränderungen realitätshaltiger. Darüber hinaus gilt: Wer gut informierte Hintergrund- und Strukturkritik mit detaillierter Sachkenntnis von zunächst einmal ja unter den gegenwärtigen Machtverhältnissen zu verhandelnden Problembereichen (Friedenspolitik, Zentralafrika) zu verbinden weiß, stellt zweifellos mittelfristig eine Form von Aufklärung bereit, die selbst noch unter den Bedingungen von verzerrten, erodierten und zunehmend unverbundenen Teilöffentlichkeiten, geschwächten Identitäten und dem heraufziehenden Zeitalter der „Ich-AGs“ eine, vielleicht die einzige echte Gefahr für die nicht-nachhaltigen Profiteure des Status quo dar.

„Die grundlegende Schwäche der Gewalt ist, dass sie eine abwärts führende Spirale ist, die genau das erzeugt, was sie zu zerstören sucht. Statt das Übel zu vermindern, vermehrt sie es. Durch Gewalt ermordest du den Hass, aber du ermordest nicht den Hass. Tatsächlich erzeugt Gewalt nur noch mehr an Hass... Gewalt mit Gewalt zu vergelten vermehrt die Gewalt, fügt einer Nacht, die schon keine Sterne mehr kennt, noch tiefere Dunkelheit zu. Dunkelheit kann Dunkelheit nicht vertreiben. Nur Licht kann dies tun.“ (Martin Luther King, Kraft zum Lieben, Konstanz 1978, 70) „Als Katholiken rufen wir unsere Kirche zu einer prophetischen Rolle in diesen gefährlichen Zeiten auf, um so gegenüber den Mächtigen die Wahrheit klar zur Sprache zu bringen.“ (PCI-Erklärung „Aufbau der Grundlagen umfassender Sicherheit“)

# Eindrücke, Einsichten und Anfragen

## Gemeinsam erarbeitete Stellungnahme der Kommission Solidaritätsfonds Eine Welt

Heinz Neuser, Christa Guerrero, Christine Klissenbauer, Sept. 2004

### 1. Grundsätzliches

Wir als Mitglieder der Kommission Solidaritätsfonds Eine Welt lehnen kategorisch humanitäre Interventionen mit militärischen Mitteln ab, sei es seitens eines einzelnen Staates, sei es durch die EU oder die NATO, sei es durch Beschluss des UNO-Sicherheitsrates.

In unserer neoliberalen kapitalistischen Wirtschafts"ordnung", die in allen internationalen Bündnissen und Gremien vertreten wird, kann in keinem Fall von schwerwiegenden Völkerrechtsverletzungen davon ausgegangen werden, dass eine humanitäre Intervention durch welche internationale Organisation auch immer NICHT von geopolitischen Wirtschaftsinteressen gelenkt wird.

Wir fürchten, dass durch humanitäre militärische Interventionen völkerrechtliche Standards preisgegeben und Menschenrechte den Interessen der Ressourcenaneignung geopfert werden.

Wir weisen auf das sehr schlüssige von Fred Klinger vorgelegte Papier hin zu „Humanitäre Intervention heute – Friedenspolitik und die Herausforderungen der Gewaltkontrolle“.

### 2. Schwerpunkte unserer Arbeit

Der Solidaritätsfonds "Eine Welt" arbeitet mit gewaltfrei für Gerechtigkeit kämpfenden Menschen und Gruppen in Lateinamerika und Afrika zusammen. In enger Kooperation mit den geförderten Gruppen geht es immer um einen solidarischen Dienst für Frieden und Gerechtigkeit in der Perspektive "Gerechtigkeit schafft Frieden". Zu den einzelnen Gruppen und Projektinitiativen haben die einzelnen Kommissionsmitglieder eine Begleitungs- und Unterstützungskommunikation aufgebaut, die in den Kommissionssitzungen koordiniert wird.

Aus unseren Erfahrungen mit unseren PartnerInnen in Ländern, in denen massive Gewalt gegen die Bevölkerung und Menschenrechtsgruppen ausgeübt wird, können wir nur das wiederholen und bestätigen, was diese uns vermitteln: Konfliktlösungen können nur mit friedlichen Mitteln angestrebt werden.

Dabei arbeiten wir eng mit den lateinamerikanischen SERPAJ-Gruppen (Dienste für Frieden und Gerechtigkeit) und dem Netzwerk von SERPAJ-Europa. Wir bemühen uns, deren Aktivitäten für Frieden und Gerechtigkeit für die Menschen in Lateinamerika zu unterstützen und Öffentlichkeit herzustellen gegen anhaltende Menschenrechtsverletzungen und Gewalt in diesen Ländern. Als eine der schwerwiegendsten Menschenrechtsverletzungen, die besonders typisch für Lateinamerika geworden sind, kann das gewaltsame Verschwindenlassen von Menschen bezeichnet werden. In den Zusammenschlüssen von Initiativgruppen zu einer lateinamerikanischen Föderation der Familienangehörigen der Verschwundenen (FEDEFAM) unterhalten Mitglieder des Solidaritätsfonds Kontakte und unterstützen ihre Arbeit.

Keine dieser vorbenannten Gruppen glaubt an den Einsatz von gewaltsamen Mitteln, um Demokratie und soziale Gerechtigkeit in ihren Ländern zu erreichen.

Die von uns unterstützte Arbeit mit Folteropfern – CINTRAS in Chile – macht eindeutig klar, wie die durch Gewalt und Krieg hervorgerufenen Traumata viele Jahre intensiver Betreuung und Zuwendung bedürfen, um den Betroffenen wieder zu einem menschenwürdigen Leben zu verhelfen.

Neben den Kooperationsprojekten in Lateinamerika werden in den afrikanischen Ländern Kenia und Südafrika Initiativen zur Verbesserung der Menschenrechtssituation von ausgegrenzten Gruppen unterstützt. Als Schwerpunkt hat sich in diesem Kontext die Versöhnungsarbeit in den verschiedenen Ländern, insbesondere in Südafrika, Argentinien, Chile und Peru, erwiesen. Wir bemühen uns basisnah (in Zusammenarbeit mit

entsprechenden Gruppen) auch um Verbesserung der Lebensverhältnisse und die Achtung der Menschenrechte. Schwerpunktmäßig werden indigene Bewegungen in den Ländern Afrikas und Lateinamerikas unterstützt.

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit der Kommissionsmitglieder ist die Lobbyarbeit in verschiedenen Netzwerken in der Bundesrepublik. Hervorzuheben ist die Arbeit in der "Koordination für Menschenrechte in Mexiko", der Infostelle Peru und die Arbeit in der Kolumbien-Koordination. Dazu gehört eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit (Presse- und Medienarbeit) auch auf lokaler Ebene z.B. eine Vernetzung mit dem Eine-Welt-Forum Düsseldorf (den jährlich stattfindenden Eine-Welt-Tagen) und dem Welthaus Bielefeld. Hier beteiligen wir uns mit Diskussionsthemen in länderbezogenen Seminaren über Menschenrechte und soziale Fragen. Damit werden einem breiteren Kreis von Menschen Hintergründe über unseren Einsatz für eine gerechtere Welt dargelegt und Möglichkeiten zum Handeln aufgezeigt. Die Lobbyarbeit bezieht sich auch auf Kontakte zu Mitgliedern des Deutschen und Europäischen Parlamentes und zu den Teilnehmenden der jährlichen Menschenrechts-Kommission der Vereinten Nationen. Damit sollen auf der politischen Ebene die Interessen der Partnerorganisationen präsent gehalten werden.

Der Informationsaustausch mit den Projektpartnern ist ein weiteres Arbeitsgebiet der Kommissionsmitglieder. Dies wird erreicht durch unmittelbare Eindrücke bei Besuchen der Partner/innen vor Ort, den Empfang von Delegationen bei uns und die Teilnahme an internationalen Kongressen der Partnerorganisationen. Damit werden unmittelbare Begegnungen und persönlicher Austausch zwischen den Menschen der "Einen Welt" gefördert.

### 3. Perspektiven

Eine Ausweitung der Arbeit bezüglich der Begleitung und Betreuung des zivilen Friedensdienstes bzw. des Freiwilligen Sozialen Jahres bedarf einer externen Unterstützung (e.V., Bistumsstellen). Es wurde vereinbart, dass zunächst von der Initiative einer eigenen Vereinsgründung Abstand genommen wird. Eine konkrete Verlagerung von Teilen der Arbeit in diesem Bereich an eine Diözesanstelle bzw. an einen kooperierenden Verein oder die Geschäftsstelle von pax christi Friedensdienste müssen weiter geklärt werden.

\*\*\*\*

#### **Nachtrag über „Aufbau ziviler Strukturen mitten im Krieg in MEXICO“**

Im August ds. Js. wurde in Chiapas/Mexico die Gründung der CARACOLES sowie der ‚Räte der Guten Regierung‘ (JBG – Junta de Buen Gobierno) vor einem Jahr gefeiert, 10 Jahre nach dem bewaffneten Aufstand der EZLN, der „zapatistischen Armee zur nationalen Befreiung“.

In welchem Zusammenhang steht dies zu obigem Thema?

Die ZAPATISTEN sind eine indigene Bewegung in Rebellion und Widerstand, Nachkommen der Mayas. Ihr erster öffentlicher Auftritt, d.h. ihr Aufstand am 1.1.94 fiel bewusst auf das Datum zum Beitritt Mexicos zur NAFTA, dem mexikanischen Freihandelsabkommen mit USA und Kanada, das für pure neoliberale Wirtschaftspolitik steht.

Der Aufstand der „Aggressoren“ (Salinas) wurde nach wenigen Tagen von der mex. Armee blutig niedergeschlagen, aufgrund von Protesten der Gesellschaft gegen das brutale Vorgehen sah sich Präsident Salinas jedoch gezwungen, eine Generalamnestie auszurufen.

Mehr als 500 Jahre, seit der Konquista durch die Spanier, waren die Ureinwohner von einer ‚weißen‘ Mestizen-Gesellschaft diskriminiert, gedemütigt und von ihren Ländern vertrieben worden. Nun erhoben sich die Zapatisten unter ihrem Sprecher Subcomandante Marcos, in ihrem Selbstvertrauen bestärkt (u.a. auch durch lange Vorarbeit der Diözese von San Cristóbal/Bischof Samuel Ruiz), gegen die Unterdrückung und Ausbeutung: „Ya basta – es reicht.“ Sie fordern Selbstbestimmung, Anerkennung ihrer Würde, gerechte und soziale Wirtschaftsstrukturen sowie Mitentscheid bei der Nutzung der Ressourcen auf ihren Territorien zum

Wohle der ‚gesamten‘ Bevölkerung. An der Übernahme der Staatsmacht sind sie nicht interessiert.

Das 1996 getroffene Abkommen zwischen Regierung und Zapatisten von SAN ANDRÉS, das den Indigenen ihre kollektiven Rechte zusichert, wurde seitens der Regierung bisher nicht eingelöst - ganz im Gegenteil:

Der Staat stellt eine Mega-Armee in Chiapas auf, terrorisiert willkürlich die indigene Bevölkerung in den Dörfern, führt gegen sie einen KRIEG, verbreitet Angst und Schrecken mit nächtlichen Schießmanövern, tagsüber mit ständigen Einsätzen von Hubschraubern, Panzern etc. Ein **Krieg der Mächtigen um die Ressourcen**, denn CHIAPAS ist die an Bodenschätzen, Biodiversität und Wasser reichste Region Mexicos, jedoch hinsichtlich ihrer Bewohner mit die ärmste und rückständigste. Ein Gegensatz, der nur schwer zu begreifen ist. In einer Demokratie sollte es die Aufgabe des Staates sein, die Zivilbevölkerung zu schützen, also auch die Frauen und Kinder in den Dörfern, die Bauern auf den Feldern...

Jedoch vertritt dieser Staat die Interessen einer Gruppe, nämlich die der Mächtigen, der Investoren, auch der transnationalen, die natürliche Interessen an der Erschließung des Gebiets haben, weshalb die Bewohner dort weichen sollen (was auf subtile Weise durch Paramilitärs, Administration, Justiz, Niederbrennung und Zerstörung ihrer Häuser, Vertreibung etc. bereits vorangetrieben wird).

Den ZAPATISTEN ist klar, dass sie der Übermacht des Staates und den ebenso mächtigen wie militanten Wirtschaftsinvestoren als einziges nur das WORT (statt der Gewehre) entgegenhalten können. Aus dieser Einsicht und weil sie Gerechtigkeit aufbauen und nicht sterben wollen, ruhen seit 10 Jahren ihre ‚Waffen‘; aber mit ihren ‚Kommuniqués aus den Bergen des mexikanischen Südostens‘ lassen sie weltweit die Zivilgesellschaft unmittelbar an den Vorkommnissen teilhaben (eine wirksamere Waffe!).

Immer schon war das kollektive Bewusstsein die Stärke der Indigenen, das sie in einer Welt, die nur Verachtung für den ‚Indio‘ übrig hatte, überleben ließ, deshalb auch die Forderung nach Anerkennung ihrer kollektiven Rechte.

Als weitere wichtige Komponente in dem Konflikt ist das Interesse einer mobilisierten, internationalen Zivilgesellschaft zu sehen, besonders das der weltweiten Antiglobalisierungsbewegung, die die Entwicklung in CHIAPAS beobachtet, vermutlich neben der Sympathie, die die ZAPATISTAS genießen, ein Grund, der die Regierung noch Zurückhaltung üben lässt – wie lange noch? Denn die erhöhte militärische Präsenz würde es der Armee möglich machen, augenblicklich die zapatistische Bewegung zu überwältigen.

### **Widerstand durch Aufbau ziviler Strukturen**

Während Regierung und Zapatisten an einem Tisch Friedensverhandlungen führten, wurden weitere Militärcamps errichtet, die Präsenz der Truppen erhöht, und damit der Verhandlungspartner getäuscht. Die Zapatisten erklärten in der Zwischenzeit 40 Dörfer für autonom (was den Gegner zu Diffamierungen, bösen Gerüchten wie Balkanisierung, Scheitern etc. veranlasste).

Dies war der Beginn der heutigen autonomen Zivilregierung (und die prakt. Umsetzung des Abkommens von San Andrés). Im vergangenen Jahr wurden nun die CARACOLE<sup>1</sup> (es gibt deren 5) eingeweiht als Verwaltungssitz für die JBG. Gleichzeitig wurde eine Trennung von der EZLN vollzogen, die als Armee mit militärischen Strukturen, Verteidigung und Schutz der Bevölkerung übernimmt, während die JBG zivilen aufbaut.

Für sie bedeutet ‚Regieren‘ VERNUNFT und nicht GEWALT zum Wohle aller anzuwenden („gehorchend regieren“). *Dies funktioniert nach einem Rotations-Prinzip, d.h. die von den Gemeinden gewählten Mitglieder arbeiten im zuständigen Caracol (ähnl. einer Bezirksregierung) und kehren nach 1-2 Wochen wieder zurück, werden dann von zwei anderen ersetzt. Damit will man ausschließen, dass die Aufgabe des Regierens nur einer ‚politischen Elite‘ vorbehalten bleibt; so viele wie möglich sollen diese Arbeit erlernen, denn je mehr Wissen alle haben, desto schwieriger wird es sein andere zu ‚betrügen‘, und die Regierten werden die Regierenden und deren Entscheidungen so aufmerksamer im Auge behalten (gelebte Demokratie), zusätzlich würde durch das ständige Rotieren die Korruption erschwert wer-*

<sup>1</sup> CARACOL übersetzt Schneckenmuschel, Symbol für den Austausch von Botschaften von innen nach außen und umgekehrt

den. Während des Aufenthalts im Caracol übernimmt die Gemeinde die Kosten (einschl. Reise) für seinen/ihre Vertreter/in, das Essen wird häufig mitgebracht. Fazit: Regieren muss nicht teuer sein.

Ihr Ziel ist, für alle gerechte VERÄNDERUNGEN herzustellen, aus der Marginalisierung zu finden und einem Leben vor Ort Perspektiven zu geben, dies im Gegensatz zur ‚schlechten Regierung‘, deren Funktionäre nur politische bzw. wirtschaftliche Gewinne erzielen wollen. **Schwerpunkte der JBG sind Maßnahmen in Bezug auf Bildung, gesundheitliche Versorgung, Finanzen und Ernährung, Probleme, auch soziale, versucht man durch Dialog zu lösen (Vermittlung zwischen den Gemeinden, auch nicht-zapatistischen). Die JBG sind eine moralische Autorität und ihr Wort hat Gewicht, in manchen Fällen auch bei offizieller Stelle.**

**Die ehemals verlachten Indios wurden zu aktiv Handelnden.** In diesem 1. Probe-Jahr gingen Konflikte mit den Nachbar-Gemeinden und Organisationen auf den Territorien der JBG zurück, die Verbrechensrate wurde reduziert, und die Lebensbedingungen haben sich für die ZAPATISTEN verbessert, auch dank der Hilfe vieler Unterstützer von außen, die die Umsetzung der Autonomie-Strukturen und das politische Handeln der JBG verfolgen.

Da Chiapas ein Durchgangsland für viele Migranten aus den zentralamerikanischen Nachbarstaaten ist, werden diese Menschen oft bereits völlig geschwächt (ihr letztes Geld haben ihnen Schlepper abgenommen), aufgefunden. Die Zapatisten versorgen sie mit Medikamenten und Lebensmitteln, ermutigen sie jedoch auch gleichzeitig, in ihrer Heimat für ihre Rechte und ihr eigenes Stück Land zu kämpfen, da der ‚Amerikanische Traum‘ so weit entfernt ist.

Zusatz: Die Überweisungen von Mexikanern aus den USA an ihre Familien betragen jährl. 14 Mrd. US Dollar, nur übertroffen von den Einnahmen aus dem Erdölexport von 18,6 Mrd. Man rechnet mit 10 Mill. mexikanischer Migranten in den USA; seit der Einführung des **Neoliberalismus** in Mexico ist die Armutsrate skandalös gestiegen.

Die Migration ist ein weiterer Konfliktherd weltweit, und die Antwort der Zapatisten hierauf interessant, doch hier nicht das Thema.

Um den CHIAPAS-Konflikt zu verstehen, mußte auf seinen Beginn zurückgegangen werden, der noch in der Amtszeit der PRI (Partei der Institutionellen Revolution) lag, die 71 Jahre in Folge an der Macht war. Eine Vorgabe aus dieser Epoche soll sein, die Indigenen ‚unterzuversorgen‘ -. Welche Interventionsmöglichkeit hätte sich da von außen geboten unter Berücksichtigung des Themas der „**humanitären Interventionen mit militärischen Mitteln**“? Jedenfalls wurde mit der Rebellion der Zapatisten 1994 der Blick der gesamten Weltöffentlichkeit auf Chiapas und die elenden Verhältnisse dort gelenkt.

Die ZAPATISTEN, die ursprünglich Aufständischen, versuchen jetzt auf begrenztem Raum bessere Lebensbedingungen zu schaffen, und der Staat mit seinen Vasallen ist zum Aggressor mutiert, führt einen **KRIEG um Natur-Ressourcen** und die damit verbundene **finanzielle Macht**. Dieser Krieg trägt deutlich die Strukturen des **Neoliberalismus** und richtet sich gegen die Interessen des Volkes. Den Zapatistas, eingekreist von ihnen feindlich gesinnten Truppen, ist sehr wohl bewusst, dass wenn in der fernen Hauptstadt ein junger Sympathisant kaltblütig auf dem Universitätsgelände ermordet wird, dies eine Warnung für sie bedeutet, oder wenn Globalisierungsgegner gegen den G8-Gipfel in Guadalajara seit Mai immer noch schuldlos im Gefängnis einsitzen, geht die Warnung auch an sie und ihre Unterstützer. Seit 10 Jahren verweigert ihnen die Regierung die konstitutionelle Anerkennung der kollektiven Rechte. Bewusst-, denn die Indigenen hätten berechnete Forderungen auf diese Territorien.

Gegen die **Gewalt der maßlosen neoliberalen Wirtschaftsordnung** hilft keine Gegengewalt, keine Armee, sondern ein **NEUES DENKEN** wie das der ZAPATISTAS, die trotz der feindlichen Belagerung die CARACOLES systematisch aufbauen im Sinne eines community buildings. Nur gemeinsam kann eine internat. Weltgesellschaft Widerstand üben, und um nochmal auf die ZAPATISTAS zurückzukommen, „**eine andere Welt, in der alle Welten Platz finden**“, eine Welt des Friedens und der Gerechtigkeit schaffen.

# Humanitäre Interventionen und Pax Christi International

## Gedanken und Eindrücke aus Anlass des Studientages der Deutschen Sektion

Ben Schennink, ehem. Mitglied des Vorstandes von PCI

Die Kommission Solidarität mit Zentralafrika der Dt. Sektion hat im Mai 2003 die Bundesregierung darum gebeten, die Entsendung einer "internationalen Friedensmission nach Artikel VII der UN-Charta" in den Osten des Kongo zu unterstützen. Das war der Anlass für diesen Studientag. Was die Kommission erbat, war genau die Forderung der ersten regionalen Konferenz der Partner von Pax Christi International (PCI) aus Zentralafrika in Bukavu im Mai 2003, wo auch die Deutsche Sektion vertreten war. Die zweite Konferenz im November 2003 bat die Internationale Gemeinschaft wiederum um Verstärkung der UN-Friedensmission MONUC. Pax Christi International hat die Bitte wiederholt in ihrer Intervention bei der UN-Menschenrechtskommission (Genf) im Februar dieses Jahres. Es war darum gut, dass PCI gebeten wurde in Köln vertreten zu sein. Leider konnte der Generalsekretär Etienne de Jonghe nicht teilnehmen. Er hat mich gebeten, PCI zu vertreten.

Während des Studientages habe ich drei Punkte aus der PCI-Perspektive eingebracht: Den Charakter von PCI, ihre Entwicklung in den neunziger Jahren und die Problematik und Definition von humanitären Interventionen. Ich will diese Punkte hier resümieren und etwas weiter explizieren und danach einige Eindrücke und Gedanken im Rückblick auf den Studientag geben.

### 1. Charakter und Entwicklung von PCI

In Hinsicht auf die Fragen, die humanitäre Krisen hervorrufen, ist es wichtig zu betonen, dass Pax Christi International keine pazifistische Friedensbewegung ist, obwohl sie gewaltlose Lösungen als präferentielle (bevorzugte) Option hat. Das ist klar geschrieben im "Vision Statement", das die Bewegung 1995 in Assisi angenommen hat. Dort heißt es: PCI "will strive to ensure a serious scrutiny of the use of limited military force even when the UN Charter appears to allow it." (<http://www.paxchristi.net/about/html/vision.html>) [Pax Christi International wird bestrebt sein, begrenzte militärische Gewaltanwendung, auch wenn die UN-Charta sie zu erlauben scheint, einer genauen Prüfung zu unterziehen.] "Serious scrutiny" ist nicht identisch mit einem kategorischen Verbot militärischen Einsatzes. Es bedeutet eher eine pragmatische Orientierung zur Gewaltlosigkeit. Dass PCI dieser pragmatischen Orientierung folgt, ist auch notwendig, weil PCI eine pluralistische Bewegung ist. Es gibt in der internationalen Bewegung Sektionen und Partner, die das Prinzip der Gewaltlosigkeit stark verteidigen und Sektionen, die eher die Grenzen davon sehen und Pazifismus mehr pragmatisch unterstützen. Die Pluralität gibt es auch in den meisten Sektionen. Die deutsche Sektion hat das vielfach erfahren.

In den neunziger Jahren ist PCI eine weltweite Bewegung geworden. Auch an den Mitgliedern des internationalen Vorstands - die von den Sektionen und Partnern gewählt worden sind - kann man diese Entwicklung sehen. Ich war als internationaler Schatzmeister zugleich froh und nachdenklich über diese Entwicklung. Froh, weil die Bewegung ein großes Potential an Friedenskräften bekam; nachdenklich, weil die Ressourcen zu gering waren um das Potential zu nutzen und weiter zu entwickeln. Dies bedeutete, dass die Aufgabe zur Unterstützung dieser neuen Mitglieder unserer Bewegung zu einseitig auf dem Tisch des Internationalen Sekretariats landete. Das PCI-Sekretariat hat mit Eifer und Erfolg die internationale Vernetzung durch die Organisation regionaler Konferenzen stimuliert, aber das hat zu wenig Resonanz bekommen in den meisten Sektionen.

Die neuen Mitglieder unserer Bewegung verdienen nicht nur materielle Unterstützung; sie verdienen auch und vor allem, dass ihre Stimme in unserer Bewegung und über ihre Partner

in der Bewegung in der internationalen Welt gehört wird. Das ist sicherlich der Fall, wenn Partner aktiv sind in Situationen massiver Verletzungen der Menschenrechte wie in Ost-Kongo. Es war daher richtig dass die Kommission Solidarität mit Zentralafrika zusammen mit dem Netzwerk Afrika-Deutschland mit der Erklärung vom Mai 2003 klar machte, dass sie die afrikanischen Partner von pax christi hörten.

## **2. Definition und Problematik von humanitären Interventionen**

Was sind humanitäre Interventionen? Innerhalb der Bewegung und auch in der internationalen Friedensforschung gibt es verschiedene Definitionen dieses Konzeptes.

Eine enge Definition - die pragmatischen Pazifisten nutzen diese Definition meistens - ist die, dass man von humanitären Interventionen in Situationen spricht, in denen die Menschenrechte massiv verletzt werden und der Sicherheitsrat der UN sich nicht zu einer Intervention entschließen kann. Wenn Mitglieder der UN dann doch mit militärischen Mitteln intervenieren zur Erleichterung der Situation oder zur Prävention einer humanitären Tragödie - wie sie es z.B. taten im Irak 1991, als die Kurden durch Saddam vertrieben wurden - dann wird das eine humanitäre Intervention genannt. Das Problem solcher Interventionen ist, dass sie nicht von den UN sanktioniert sind.

Eine breite Definition ist die, dass jede Intervention, die mit einer humanitären Legitimation durchgeführt wird - bewilligt oder nicht von den UN - eine humanitäre Intervention genannt wird. Diese Definition sieht man vor allem bei prinzipiellen Pazifisten. Nach ihrer Meinung sind auch Interventionen problematisch, die von den UN bewilligt werden, weil sie jede Intervention mit militärischen Mitteln ablehnen.

Das Problem dieser Definition ist, dass nicht nur das Recht des Sicherheitsrates zur Legitimierung von Interventionen in Frage gestellt wird - und damit das geltende Völkerrecht -, sondern auch, dass oft die Täter derartiger Menschenrechtsverletzungen - wie Saddam und Milosevic- implizit legitimiert werden. Oft bekommen die prinzipiellen Pazifisten Unterstützung von der Charta der UN, weil das Gewaltverbot in der Charta nur gilt für die Beziehungen zwischen Staaten, nicht für innerstaatliche Gewalt oder für Gewalt von nicht-staatlichen Organisationen wie Terror- und Guerilla-Gruppen. Die pragmatischen Pazifisten sind daher geneigt, in solchen Situationen militärische Interventionen - auch wenn die UN sie nicht bewilligen - zu unterstützen.

In unserer Bewegung haben verschiedene Leute dafür plädiert, humanitäre Interventionen nicht als militärische, sondern als polizeiliche Interventionen zu benennen, weil das eine bessere Beschreibung ist für die Merkmale und Absichten derartiger Interventionen. Sie bitten auch den Generalsekretär der UN, die Mittel zu geben zum polizeilichen Auftreten der UN in Staaten, in denen es massive Menschenrechtsverletzungen gibt. Der Krieg gegen den Terror hat neue Argumente dafür geliefert. In der gemeinsamen Erklärung der Generalversammlung von PCI im Mai dieses Jahres (2004 in New York) sagt PCI darum, dass sie die "Stärkung des internationalen Rechts und der internationalen Institutionen - insbesondere der Vereinten Nationen" - unterstützt und daher auch dafür plädiert, dass die "verfehlte Politik militärischen Vorgehens gegen den Terror" ersetzt wird durch ein "wirklich zielführendes, gemeinsames Vorgehen - einschließlich polizeilicher und ziviler Maßnahmen." (IC.102.G.04) In unserer Bewegung neigt man also zu einer pragmatischen 'polizeilichen' Definition der humanitären Interventionen, d.h. zu einer Definition, die das Auftreten der internationalen Gemeinschaft mit Gewalt - beauftragt durch die UN - legitimiert, um das internationale und humanitäre Recht zur Geltung zu bringen.

## **3. Eindrücke und Gedanken nach Köln**

Es ist mir aufgefallen, wie verschieden in der Deutschen Sektion die Stimmen unserer Partner im Süden gehört werden. Die Kommission Solidarität mit Zentralafrika hat viele Kontakte und hört genau zu, was unsere Partner sagen. Sie stehen in offener Kommunikation mit un-

seren Partnern dort und mit den Vertretern anderer Sektionen und von PCI, wodurch mit den Einsichten und Möglichkeiten der verschiedenen Teilnehmer in der Internationalen Bewegung gerechnet wird. Vertreter der Kommission Friedenspolitik – die den Aufruf zur Intervention verurteilen – haben viel weniger Kontakt mit den Partnern und Kollegen in der internationalen Bewegung. Fred Klinger z.B. machte das klar während der Diskussion und schrieb es auch in sein Paper für den Studientag. "Und ist es nicht etwa so, dass engagierteste Kräfte vor Ort, die sogar zur führenden Mitgliederschaft der pax christi-Bewegung zählen, solche militärische Interventionen dringend anmahnen? Letzteres ist natürlich ein recht subjektiver Eindruck, der die Meinung der Betroffenen spiegelt und auch davon abhängt, mit wem man gerade spricht. Meine afrikanischen Freunde ... halten von solchen Angeboten des Westens allesamt herzlich wenig. ... Aber auch das mag ein sehr subjektiv geprägter Standpunkt sein." (Klinger, Humanitäre Interventionen heute, S.4-5) Abgesehen davon, dass unsere Partner in Zentralafrika nicht um eine Intervention des Westens, sondern der UN gebeten haben, kann man in einer internationalen Bewegung nicht so mit der Meinung seiner Partner umgehen. Wenn man eine weltweite Bewegung sein will, muss man auch die Konsequenzen daraus ernst nehmen und nicht nur Freunde suchen, die die eigene Meinung teilen. Das gilt um so mehr, wenn es um Partner geht, die in Situationen von extremer Gewalt arbeiten, wie im Kongo.

In der internationalen Bewegung haben wir in 1999 während der Generalversammlung in Amman die Sektionen und Partner konsultiert zu der Frage, wie wir uns verhalten sollen in Situationen, in denen ökonomische Sanktionen der UN das Leiden der Bevölkerung schlimmer machen. Die Meinung war, dass die Unterstützung der betroffenen Bevölkerung - wie es damals in Südafrika der Fall war - ein wichtiges Kriterium ist bei der Frage, ob pax christi die Sanktionen bejahen kann. PCI hat das im Jahr 2000 auch an die Menschenrechtskommission der UN geschrieben (HR.24.E.99). Wenn die Meinung der lokalen Partner so wichtig ist bei ökonomischen Sanktionen, dann sollte das sicher auch der Fall sein in Situationen, wo humanitäre Interventionen in Frage kommen.

Dass heißt nicht, dass die Partner aus Konfliktgebieten damit alle Fragen, die humanitäre Interventionen hervorrufen, beantworten sollen. Auch Sektionen aus Staaten, die Militär zur Verfügung stellen oder die Initiative zur Intervention ergreifen, sollen in der Diskussion gehört werden. Das gilt sicherlich für die Sektionen in der EU, weil die Frage nach dem Aufbau einer EU-Armee für derartige Interventionen auf dem Tisch liegt. Auch die Fragen der Stärkung der UN auf diesem Gebiet sind Fragen für alle in der Bewegung.

Es gibt also noch viele ungelöste Fragen und Aufgaben auf dem Weg zu solchen humanitären Interventionen, die auch von der Friedensbewegung getragen werden können. Die Stärkung der zivilen Konfliktlösung ist eine dieser Aufgaben, aber nicht die Antwort auf alle Fragen.

Pax Christi International, Vieux Marché aux Grains 21, 1000 Brüssel, Belgien

Ref.: AF.10.F.03

**Erklärung der Mitgliedsorganisationen und Partner  
der Pax Christi-Bewegung in der Region der Großen Seen,  
versammelt im Amani-Zentrum in Bukavu (DR Kongo)  
an den Generalsekretär der VN, Seine Exzellenz Herrn Kofi Annan**

Sehr geehrte Exzellenz, Herr Generalsekretär,

wir, die Mitgliedsorganisationen und Partner der Pax Christi-Bewegung in der Region der Großen Seen, versammelt im Amani-Zentrum in Bukavu vom 13. - 20. Mai 2003 im Rahmen einer Friedenskonferenz, möchten Ihre besondere Aufmerksamkeit lenken auf die so Besorgnis erregende und dramatische Situation, die die Region von Ituri im Allgemeinen und die Stadt Bunia im Besonderen in diesem Moment durchlebt.

In der Tat erlebt die Stadt Bunia seit Samstag, dem 2. Mai 2003 Kampfhandlungen zwischen den Lendu-Kämpfern und den Hema-Milizen im Namen der UPC (Union der Patrioten Kongo) und der PUSIC (Partei für die Einheit und Erhaltung der Integrität des Kongo). Diese Kämpfe haben zahlreiche Familien zur Flucht gezwungen, nachdem schon die humanitäre Situation schwierig geworden war.

Dieser Krieg hat schon Tausende Tote und Flüchtlinge gebracht, unzählige brennende Dörfer und zerstörte Infrastruktur (Schulen, Krankenhäuser, Kirchen...).

Die Stadt Bunia und ihre Umgebung ist entvölkert worden, um ihre Einwohner nach Nord-Kivu, besonders nach Beni, Eringeti, Oicga und in die Gebiete von Mahagi und Aru zu verdrängen.

Die in der Stadt verbliebene Zivilbevölkerung ist gegenwärtig zwischen den beiden Feindfeuern eingeschlossen – unter den machtlosen Blicken der MONUC (Beobachter-Mission der VN im Kongo), unter deren Schutz sie sich geflüchtet hat.

So sehr wir Ihre Bemühungen zur Errichtung des Friedens in der DR Kongo schätzen, so sehr drängen Sie die Mitgliedsorganisationen und Partner der Pax Christi-Bewegung in der Region der Großen Seen, die folgenden Maßnahmen zu erwägen:

- Das aktuelle Mandat der MONUC sollte transformiert werden von einer Mission zur Friedenserhaltung („mission de maintien de paix“) zu einer Mission der Friedenserzwingung / Friedensschaffung („mission d´ imposition“), um die Zivilbevölkerung zu schützen und die Armeen und Milizen aufzulösen, die sie in Geiselschaft halten;
- Die Ugandische Armee sollte sich vollständig und tatsächlich zurückziehen aus Ituri und ersetzt werden durch Soldaten der MONUC mit dem neuen Mandat;
- Anstrengungen sollten unternommen werden, damit die bewaffneten Gruppen, die die Region kontrollieren, keine weitere Rekrutierung von Kindersoldaten in ihre Reihen vornehmen und mit der Demobilisierung der schon eingezogenen begonnen wird;

- Eine unabhängige und unparteiliche Untersuchung der letzten Massaker an der Zivilbevölkerung von Bunia und seiner Umgebung sollten begonnen und die verantwortlichen Soldaten und Milizionäre den Gerichten überstellt werden;
- Die MONUC sollte so schnell wie möglich mit der Entwaffnung der ethnischen Milizen (der Hema, Lendu, Ngiti...) in Ituri beginnen;
- Der Sicherheitsrat sollte besondere Maßnahmen ergreifen, um die Lieferung und Weitergabe der leichten Waffen in der Region zu begrenzen und zu kontrollieren;
- Der Sicherheitsrat sollte Druck ausüben auf alle Krieg führenden Parteien mit dem Ziel der sofortigen Umsetzung der in der DR Kongo geschlossenen Friedensverträge.

Geschrieben in Bukavu am 15. Mai 2003

+ L. Monsengwo Pasinya  
Erzbischof von Kisangani  
Vizepräsident von Pax Christi International

Etienne de Jonghe  
Generalsekretär  
Pax Christi international

Die Mitgliedsorganisationen und Partner von Pax Christi International in der Region der Großen Seen

#### DEMOKRATISCHE REPUBLIK KONGO

1. Justice-Plus / Bunia
2. pax christi / Bukavu
3. Nous sommes Frères / pax christi Bukavu
4. Groupe Jérémie / Bukavu
5. Les Amis de Nelson Mandela pour les droits de l'homme / Kisangani
6. Groupe Amos / Kinshasa
7. Chrétiens pour la paix / Kisangani

#### RUANDA

1. Liprodhor (Ligue Rwandaise pour la promotion et la défense des droits Humains – Ruandische Liga für die Förderung und Verteidigung der Menschenrechte)
2. Communication et Résolution des Conflits (CRC)
3. Association Modeste et Innocent (AMI) / Butare
4. Groupe paroissial / pax christi Busongo

#### EUROPA

1. pax christi Niederlande
2. pax christi Flandern
3. pax christi Deutschland

(Übersetzung: Reinhard J. Voß)

Bad Vilbel, den 23.5.2003

### Pressemitteilung

## **Die Gewalteskalation in der DR Kongo eindämmen!**

Der politische Prozess bei der Vorbereitung einer Übergangsregierung in der Hauptstadt Kinshasa in den letzten Monaten hat den Menschen im Osten der DR Kongo den erhofften Frieden bisher nicht näher gebracht. Im Gegenteil: In der Region Ituri ist der seit einigen Jahren schwelende Konflikt zwischen Hema und Lendu in voller Härte aufgeflammt. In den letzten Monaten wurden zahllose Menschen regelrecht abgeschlachtet, Märkte geplündert, die ohnehin Not leidende Bevölkerung ganzer Ortsteile und Regionen vertrieben. Der Sprecher der UN-Mission im Kongo (MONUC), Hamadoun Toure, spricht in einer ersten Zwischenbilanz von 280 Leichen, die zwischen dem 4. und 19. Mai in einem Teil der Stadt Bunia von den UN-Beobachtern gefunden wurden.

Alle Beobachter sind sich einig, dass diese Zahl nur die Spitze des Eisbergs darstellt. Vertreter der Hilfsorganisationen und der Kirchen vor Ort berichten von zahlreichen Massakern in der ganzen Region. Sie warnen zudem davor, dass der derzeitige Gewaltausbruch bis hin zu einem Völkermord wie in Ruanda 1994 ausufern könnte. Die Verantwortung für dieses Desaster liegt zu einem großen Teil bei den miteinander rivalisierenden Besatzungsregimes Ugandas und Ruandas in der Region. Jahrelang wurden die Volksgruppen der Lendu und Hema systematisch gegeneinander aufgebracht, ihre Milizen mit Waffen ausgerüstet. Auch die kongolesische Regierung in Kinshasa versucht, angesichts der militärischen Schwäche ihrer Armee durch Manipulation und Bewaffnung von Milizen in der Region Einfluss zu nehmen.

Die UN haben die Stationierung einer verstärkten Friedenstruppe in der Region gefordert. Frankreich wurde gebeten, die Leitung der Truppe zu übernehmen. Die bisherige relativ kleine UN-Mission mit ihrem beobachtenden Mandat ist nicht in der Lage, die Eskalation unter Kontrolle zu bringen und verliert daher mehr und mehr an Ansehen. Alarmierende Meldungen kommen auch aus den Diamantengebieten in der Kasai-Provinz, in die die Regierung in Kinshasa jüngst 5000 Soldaten verlegt haben soll.

Pax Christi und das Netzwerk Afrika-Deutschland fordern die Bundesregierung auf, sich für eine europäische Initiative für die Eindämmung der Gewalt im Osten des Kongo einzusetzen. Die Bundesregierung muss angesichts der drohenden Gewalteskalation ihr politisches Gewicht einsetzen, um eine internationale Friedensmission nach Artikel VII

der UN-Charta auf den Weg zu bringen, damit sich die Situation in Ituri nicht zum Menetekel für die ganze DR Kongo entwickelt und damit die jüngsten Hoffnungen auf eine Wiederherstellung von Ordnung und Frieden nach fünf Kriegsjahren wieder zunichte macht. Uganda und Ruanda, die für die Misere einen erheblichen Teil der Verantwortung tragen, sind Schwerpunktländer deutscher Entwicklungshilfe. Hier muss intensiv diplomatischer Druck ausgeübt werden, damit diese ihren „Konfliktexport“ auf das Territorium der DR Kongo beenden.

Anstelle des mühsam ausgehandelten Friedens droht jetzt eine neue Eskalationsstufe von kriegesischen Auseinandersetzungen um die Kontrolle der lukrativen Rohstoffgeschäfte. In der Ituri-Region sind es nicht zuletzt die hochfliegenden Erwartungen an die Öl-Exploration durch die kanadische Firma *Heritage Oil*, die den Konflikt anfeuern. Der Segen des Rohstoffreichtums den Menschen in der DR Kongo zum Fluch geworden. Pax Christi und das Netzwerk Afrika-Deutschland fordern die Bundesregierung nachdrücklich auf, Initiativen zur Überwindung der Kriegsökonomien zu entwickeln, in die nach den Berichten der UN-Arbeitsgruppe zur „Illegalen Ausbeutung von Rohstoffen“ auch deutsche Firmen involviert sind.

Der Schwerpunkt des internationalen Einsatzes in der Region, die seit Jahren von den Leiden eines brutalen Kriegs heimgesucht wird, muss aber auf dem langfristigen Engagement für eine Kultur der friedlichen Konfliktlösung und der gerechten Verteilung der Gewinne aus dem Ressourcenabbau bestehen. Die von Pax Christi kürzlich organisierte Friedenswoche in Bukavu hat gezeigt, dass in den Ländern an den großen Seen in Afrika viele Basisgruppen existieren, die sich für diese Ziele einsetzen und sich mehr und mehr vernetzen. Diese Gruppen, die oft unter sehr schwierigen Bedingungen arbeiten, müssen international unterstützt werden.

Weitere Informationen / Ansprechpartner:

**Netzwerk Afrika-Deutschland** (link zu: [net-afr-de@t-online.de](mailto:net-afr-de@t-online.de))

**pax christi, Deutsche Sektion, Kommission „Solidarität mit Zentralafrika“** (link zu: [HWW-GR@t-online.de](mailto:HWW-GR@t-online.de))

Brussels, Thursday, August 26, 2003

PRESS RELEASE  
FOR IMMEDIATE RELEASE

Reference: AF.26.E.03

### **Pax Christi International Pleas for Extension of MONUC and ARTEMIS Operations in DR Congo in Global Peace Finding Approach**

Because of the dramatic and deteriorating situation in the north eastern province of Ituri in the Democratic Republic of Congo, where a whole population is threatened by massacres, Pax Christi International sent a letter of grave concern to H.E. Kofi Annan, UN Secretary General. The United Nations' MONUC mandate ends by the end of July and also the European Union presence, via ARTEMIS, is coming to an end on 1 September 2003.

In the letter, dated 17 July 2003, Msgr. L. Monsengwo, Archbishop of Kisangani and Vice President of Pax Christi International, together with Etienne De Jonghe, International Secretary of Pax Christi, have pleaded to the UN Secretary General for an extension of the mandates and an active involvement to come to a broad peace finding approach for the region. Pax Christi International has several local Pax Christi groups and many partner organisations in DR Congo. This letter has been written at the request of local partners with whom a network has been developed. The following recommendations have been formulated:

“./ Any EU and/or UN Operation in the entire Ituri region and in the DR Congo should be put in the context of:

- A process of disarmament of child soldiers, militias and other parties involved in the conflict.
- The strengthening of civil society and initiatives of reconciliation between the different groups and peoples.
- The need and the development of a broader political peace process (including all African countries from the Great Lakes region).
- The need to develop new instruments of international law to challenge the economic and structural causes of the conflict (war economy): Stop the vicious circle of resource exploitation and weapons import.
- The necessary political pressure on the governments of Rwanda and Uganda.
- Development aid should be urgently delivered in order to reconstruct the basic infrastructures of the society, such as health centres, schools, building or restoring habitation facilities, etc.
- Stop impunity: war lords, and other irresponsible leaders of fighting groups, should be brought before judicial instances, national and/or international.

Based on this broad approach, MONUC should:

- better execute the essential tasks entrusted to it: on the one hand, to observe and publicly and rapidly denounce cease-fire violations, foreign and Congolese troop movements and support in arms and troops to belligerents and, on the other hand, to execute the demobilisation and repatriation programme;

- be given a new mandate under Chapter 7 of the UN Charter without geographical limitation as is presently the case with Operation Artemis in Bunia, in order to protect the populations for a sufficient long term;
- be given all necessary means and personnel, and especially the indispensable political support to fulfil its mission; this political support should result in greatly increased methods of exerting pressure and in implementing sanctions such as the refusal of visas or freezing of assets and in the conditioning of non-specific budgetary aid. ./.”

Similar letters have been sent to the Ambassadors of the Members of the Security Council; to Chris Patten, Commissioner for External Relations, and to Javier Solana, High Representative for the Common Foreign and Security Policy of the EU. See a copy of the letter in ref.: AF.24.E.03 (Annan); AF.25.E.03 (Patten), and AF.23.E.03 (Solana).

National sections, Affiliated Organisations and other partners of Pax Christi International, are requested to write similar letters to their national governments and to raise awareness with their membership about the tragic developments in DR Congo.

## Ökumenisches Netz besorgt über Kongos Nachkriegsentwicklung

(bst) Lobby für die Region der Großen Seen: Im Jahr 2001 gründeten katholische und evangelische Entwicklungs- und Friedensorganisationen das Ökumenische Netz Zentralafrika (ÖNZ) und eröffneten eine Geschäftsstelle des Netzwerkes in Berlin. Seitdem haben sich die Beziehungen zu Parlamentsausschüssen und Ministerien immer weiter intensiviert, berichtet das Berliner ÖNZ-Büro der Zeitschrift Entwicklungspolitik. Das Interesse, zum Aufbau einer möglichst stabilen Demokratischen Republik Kongo beizutragen, sei in der bundesdeutschen Politik inzwischen fest verankert.

So hat der Bundestagsausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit (AwZ) jüngst bereits seine zweite Delegationsreise innerhalb nur eines Jahres in die Region unternommen – und hat sich während der Vorbereitung auch mit Mitgliedern des Koordinierungskreis des Ökumenischen Netzes Zentralafrika auseinander gesetzt und über mögliche Gesprächspartner vor Ort informiert. Die Mitglieder des Koordinierungskreis sind: der Evangelische Entwicklungsdienst EED, Misereor, Brot für die Welt, die Vereinte Evangelische Mission (VEM), das Referat Menschenrechte des Diakonischen Werkes und Pax Christi.

Eine zentrale Fragestellung in den Diskussionen der Parlamentarier mit den Mitarbeitern der Hilfswerke ist – neben dem Aufbau funktionierender demokratischer Strukturen – der Umgang mit dem Rohstoffreichtum des Landes. Die Kontrolle etwa des Diamanten- und Coltan-Abbaus durch Rebellen-Milizen hatte während des Krieges für Schlagzeilen gesorgt und dazu geführt, dass die Vereinten Nationen eine Experten-Gruppe einsetzte, die diesen Zweig der Kriegsökonomie näher untersuchte. In mehreren Berichten war die Experten-Gruppe den Verbindungen zwischen Kriegsherren, Rohstoff-Händlern und internationalen Firmen nachgegangen und hatte von der internationalen Staatengemeinschaft Maßnahmen zur Eindämmung des illegalen Rohstoffabbaus gefordert. Heute, so darf dem Büro zufolge angenommen werden, liegt ein großer Teil des Rohstoffabbaus nach wie vor in den Händen der Kriegsprofiture, die sich ihre

Aktivitäten teilweise schon durch einen Vertrag mit Behörden der Übergangsregierung legalisiert haben.

Nicht zuletzt vor dem Hintergrund des Rohstoffabbaus im Kongo hat die deutsche Politik inzwischen eine gewisse Sensibilität für Fragen des unternehmerischen Handels in Konfliktsituationen gewonnen. So darf es etwa auch der Lobbyarbeit von Netzwerken wie dem ÖNZ oder dem Forum Menschenrechte zugeschrieben werden, dass Deutschland im April die Rolle von Unternehmen in (Post-)Konfliktsituationen auf die Tagesordnung des UN-Sicherheitsrats setzte. Auf die zunächst beabsichtigte Einbringung einer Resolution zur Unternehmensverantwortung in Konflikten, so das Büro, habe Deutschland dann allerdings verzichtet. Dafür, so bestätigte ein Sprecher des Auswärtigen Amtes der Zeitschrift Entwicklungspolitik, sei die Diskussion für viele Mitglieder des Rates noch „zu neu“ gewesen. Auch im Deutschen Bundestag soll das Thema noch ausführlich diskutiert werden: Nach Informationen des Ökumenischen Netzes ist für September eine Anhörung geplant, die die Rolle von Unternehmen in den Konflikten Afrikas zum Thema haben soll.

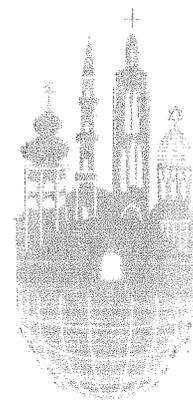
Während der jüngsten Sitzung des UN-Menschenrechtsausschusses hat das ÖNZ die deutsche Delegation auf die „gravierende Verschlechterung“ der Menschenrechtslage in der Demokratischen Republik Kongo hingewiesen und betont, dass Deutschland innerhalb der Europäischen Union inzwischen eine führende Rolle zukomme, was den „Schutz vor und die Prävention von Menschenrechtsverletzungen“ im Kongo angehe. Insgesamt stelle sich das Gesamtbild zum Stand des Wiederaufbaus des kriegszerrütteten Staates nicht sonderlich positiv dar, bedauert das Büro in einem Gespräch gegenüber der Zeitschrift Entwicklungspolitik.

Die vor neun Monaten aus Mitgliedern der früheren Zentralregierung und aus den Rebellenarmeen formierte Übergangsregierung komme ihren Aufgaben nur schleppend nach – weshalb inzwischen weithin bezweifelt wird, ob der auf der letzten Friedenskonferenz vereinbarte Zeitplan, der bereits für nächstes Jahr die Abhaltung von allge-

meinen Wahlen vorsieht, eingehalten werden kann. Auch die Ausarbeitung einer neuen Verfassung für die Republik sei noch kaum vorangekommen.

Bereits im Februar hatte die Katholische Bischofskonferenz des Kongo ihre Besorgnis über die Arbeit der Übergangsregierung zum Ausdruck gebracht. Einige Regierungsmitglieder zeigten offensichtlich kein Interesse am Wohl der Bevölkerung und setzten alles daran, um den Zeitplan bis zu den Wahlen auszudehnen und damit ihre eigene Regierungszeit zu verlängern, heißt es in einem Schreiben der Bischöfe. Angesichts der zögerlichen Arbeitsaufnahme der Übergangsregierung haben die Vereinten Nationen beschlossen, die zunächst für Juni anberaumte internationale Konferenz zur Zukunft der Region, die Große-Seen-Konferenz, zu verschieben. Sie soll jetzt erst im November stattfinden.

Wie Agence France Presse berichtet, ist es unterdessen zwischen der neuen Bergbau-Behörde des Kongo und der Weltbank zu einer heftigen Auseinandersetzung gekommen. Demnach hat die Weltbank dem Minister für Bergbau, Ambrose Mbaka Kwaya Swana, nahe gelegt, alle Ausschreibungen für den Bergbau-Sektor solange einzustellen, bis sich Regierung und Weltbank über die Einsetzung der Direktoren für die Bergbau-Behörde geeinigt hätten. „I would be grateful if the (mining) minister would sign no more documents relating to registration of mines and if no contracts for personnel at the mining registry be signed“, soll es nach AFP-Angaben in einer Mail der Weltbank an den Minister geheißt haben. Mbaka habe das einen Skandal genannt und erklärt, dass die Regierung sich nicht das Recht nehmen lasse, selbst über Personalfragen zu entscheiden. Der Hintergrund für den Personalstreit wurde bisher nicht bekannt, doch darf er im Verteilungskonflikt um die reichen Rohstoffvorkommen des Landes vermutet werden. © Zeitschrift Entwicklungspolitik



Kirche und Ökumenie





Heinz-Werner  
Wessler



Foto: privat

## Überwindung des Krieges, Gewaltkontrolle und „Operation Artemis“

Die Tagung der drei Nord-Süd-Kommissionen und der neuen Kommission Friedenspolitik in Köln am 3. Juli 2004 wollte nicht die alte Bellizismus-Pazifismus-Diskussion der 1990er Jahre wiederbeleben. Doch ging es letztlich um Grundsatzfragen des politischen Pazifismus: Wie verhalten wir uns als Friedensbewegte bei Konflikteskalationen, wie wir sie 1994 in Ruanda, 2003 in der Demokratischen Republik Kongo (Ituri; Bunia), in Liberia und in Sierra Leone, in Haiti, Osttimor, Kambodscha, im Sudan oder in anderen westafrikanischen Ländern erleben? Wenn – wie für Ituri im Mai 2003 – unsere Friedensfreunde aus verschiedenen Organisationen bei einem pax-christi-Regionaltreffen in Bukavu ohne Wenn und Aber angesichts des anlaufenden Völkermords nach einer Intervention rufen, können wir als Kommission „Solidarität mit Zentralafrika“ wohl nicht anders, als dazu Stellung nehmen: Gibt es ihn, den Königsweg zwischen Distanzierung und Solidarisierung?

Angesichts der Gefahr eines Völkermords in der Ituri-Region in der DR Kongo heißt es in einer Erklärung des von pax christi mitgetragenen Ökumenischen Netzes Zentralafrika (ÖNZ) vom 10.7.2003: „Das ÖNZ begrüßt die deutsche Unterstützung für die europäische Eingreiftruppe („Operation Artemis“) in der Stadt Bunia. Dieser Einsatz kann jedoch nur im Zusammenhang mit anderen Bausteinen die Basis für einen stabilen Frieden in der Region legen. Notwendig ist eine umfassende Friedensinitiative, für die jetzt die notwendigen politischen Entscheidungen dringend gefällt werden müssen.“ Ähnlich hatte auch eine vorausgegangene Erklärung der pax christi-Kommission

Am 3. Juli 2004 trafen sich in Köln vier pax christi-Kommissionen, ein Vertreter von Pax Christi International und der Generalsekretär der deutschen Sektion, um über „humanitäre Interventionen in Afrika“ zu debattieren, deren Unterstützung strittig ist. Über diese Debatte wird ein Heft in der neuen Broschürenreihe „Impulse“ von pax christi im Herbst erscheinen. Wenn auch nach diesem Studientag der Eindruck vorherrschte, die „Fronten“ seien „unübersichtlicher geworden“, so baten wir doch zwei Vertreter um ihre vorläufige Einschätzung der Debatte. Hier sind ihre Beiträge. (Die Red.)

on vom 23.5.2003 argumentiert, die die Erklärung von Bukavu aufgreift. Das Ringen der Friedensbewegung in Sachen internationale polizeilich-militärische Eingriffe zeigt sich sowohl beim Abschnitt 6.2 „Vorübergehende Aufgabe: Peacekeeping“ der **Friedenspolitischen Richtlinien** der *Kooperation für den Frieden* und beim Entwurf eines Papiers zum Thema „Humanitäre Interventionen“ des *Forum Menschenrechte*, der zurzeit heftig diskutiert wird.

Die *Kooperation für den Frieden* spricht offen den fehlenden Konsens innerhalb der Beteiligten an diesem Grundsatzpapier an. „Angestrebt werden der Abbau nationaler Armeen – also auch der Bundeswehr – und die Einrichtung multinationaler UN-Kapazitäten, die Peacekeeping-Aufgaben im Sinne der UN-Charta übernehmen. Umstritten ist in der Kooperation, ob dies nur nach Kapitel VI – mit Zustimmung aller Konfliktparteien – oder auch nach Kapitel VII – als Intervention – geschehen darf.“ In jedem Fall ist die Möglichkeit einer Intervention mit VN-Mandat auf der Grundlage des Kapitel VII der VN-Charta eine Position, die innerhalb der „Kooperation“ und somit in der Friedensbewegung vertreten wird.

### Vom abstrakten Prinzip zum Einzelfall

In seinem Papier für die Tagung in Köln greift Fred Klinger auf den Begriff der „Gewaltkontrolle“ zurück. Richtig daran scheint mir die Verschiebung vom abstrakten Prinzip hin zum Einzelfall zu sein: Zu Fragen der Analyse konkreter Konflikte, der Mandatierung und des Monitorings.

Karlheinz Koppe fordert internationale Polizeieinheiten zur internationalen Durchsetzung

von Menschenrechten. Koppe teilt im Grunde das Habermas'sche Anliegen eines internationalen Interventionsrechts. Doch wie können wir dann noch deutlich machen, dass wir für den Geist der Gewaltfreiheit als unsere inspirierende Kraft einstehen (vgl. *Gerechter Frieden; 204*)?

Am Ende stehen mehr Fragen als Antworten. Friedensdiskurse in Deutschland, Europa, Lateinamerika und Afrika stehen heute noch vielfach disparat nebeneinander. Übrigens haben unsere FriedensfreundInnen in den Nachbarländern Belgien und Holland andere, und unerwartet pragmatische Zugänge zur Frage der „Gewaltkontrolle“ und der Überwindung von Gewalt in Afrika.

Klar ist jedenfalls, dass wir friedenspolitische Positionen für die weite Welt nicht am grünen Tisch und schon gar nicht von Deutschland aus allein konzipieren können. Noch wissen wir in der Friedensbewegung im Norden viel zu wenig, wie Versöhnung in Afrika funktioniert. Pax Christi als internationale Lerngemeinschaft muss hier zunächst wahrnehmen, zuhören, Vertrauen gewinnen – aber bei aller Bescheidenheit auch nicht zögern, ihre bedeutenden historischen Erfahrungen einzubringen. ■

Dr. Heinz Werner Wessler ist Mitglied der Kommission Solidarität mit Zentralafrika.



# Interventionen“ in Afrika?

## Kommissionen

Fred Klinger



Foto: privat

## Plädoyer für Gewaltkontrolle

Die Lage im heutigen Sudan, mehr noch der Völkermord in Ruanda vor zehn Jahren sind warnende Beispiele dafür, was drohen kann, wenn wir uns den Herausforderungen einer **völkerrechtlich legitimierten Gewaltkontrolle** nicht stellen. Für Ruanda lässt sich eindeutig belegen, wie humanitäre Ignoranz, Interessenpolitik und Vorteilssuche v.a. seitens der Regierungen der USA und Frankreichs die Ermordung von mindestens 800.000 Menschen ermöglichten. All dies fand statt unter den Augen einer in struktureller Ohnmacht gehaltenen UNO und hilfloser UN-Friedenstruppen. Die damals in Ruanda eingesetzten UN-Soldaten, unter ihnen der kommandierende kanadische General Dallaire, haben auf glaubwürdige Weise dargestellt, dass man mit anderen Einsatzbefehlen, ausreichender Truppenstärke und Bewaffnung durchaus in der Lage gewesen wäre, die Mordorgien, wenn nicht zu unterbinden, so doch auf entscheidende Weise einzudämmen.

### „Humanitäre Intervention“: ein dehnbare Begriff

Dabei sollte klar bleiben: Gewaltkontrolle hat nichts mit Friedenspolitik oder gar Konfliktprävention zu tun! Sie ist ein Ausdruck unseres Scheiterns. Sie ist letztes Mittel der Nothilfe für den Fall, da alles Wirken für friedliche Lösungen versagt hat. Aber die Grundoption des militärischen Gewaltverzichts darf niemals dazu dienen, Massentötungen de facto hinzunehmen. Wir würden uns mitschuldig machen, wenn ein militärisches Eingreifen dazu hätte beitragen können, wenigstens das nackte Überleben von Menschen zu sichern.

Legitime Formen der Anwendung auch von militärischem Zwang gibt es aufgrund des derzeitigen Völkerrechts und des geltenden Rechtsverständnisses im Grundsatz auch heute schon. Die **mangelnde Eindeutigkeit internationaler Rechtsbestimmungen** und **Verfahren** sowie die **Vorherrschaft hegemonialer Interessen** im UN-Sicherheitsrat haben dem Missbrauch einer humanitären Bemäntelung von kriegerischen Aggressionsakten Tür und Tor geöffnet. Kaum ein Begriff aus dem Bereich der internationalen Beziehungen ist in der Vergangenheit so korrumpiert worden, wie der der sog. „humanitären Interventionen“. Dessen Dehnbarkeit spielt der in den USA und Westeuropa vorherrschenden Strategie präventiver Erstschläge und einer enthemmten Anwendung militärischer Gewalt zur Durchsetzung politischer und wirtschaftlicher Ziele auf geradezu fatale Weise in die Hände!

Hinzu kommt das **Interesse an wirtschaftlicher Ausbeutung und geostrategischer Kontrolle**. Es wäre ein kardinales friedensethisches Versagen, würde man die mörderischen Böcke aus den Gewaltagenturen der Nato – gleichgültig ob in den USA oder in Europa – auf den Blumenbeeten von Mitgefühl und Beistand weiden lassen. Einrichtungen der Nato oder ihre eurostrategischen Wurmfortsätze haben auf dem Felde einer praktischen Umsetzung von Gewaltkontrollen nichts verloren.

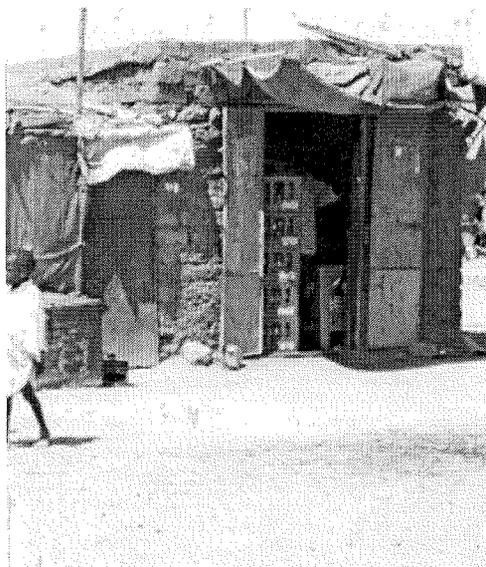
Ein Shop im Vertriebenenlager Jaborona, nahe Khartoum. Für viele der Insassen eine von mehreren Stationen seit der Flucht aus dem Süden des Sudans.  
Foto: Kirsten Schwanke-Adiang (ÖRK)

Solche Einsatzformen sind strikte zu regionalisieren und sollten unter das Mandat einer völkerrechtlich zu stärkenden und demokratisch reformierten UNO gestellt werden.

### Begrenzung und Basis der Gewaltkontrolle

Ferner stellt sich die Aufgabe einer weiteren **Verrechtlichung und Konkretisierung**. Legitime Formen der internationalen Gewaltkontrolle sollten unbedingt auf diejenigen Tatbestände beschränkt werden, die im Sinne des internationalen Strafrechts und des Statuts des internationalen Strafgerichtshofs die Vorbereitung oder Durchführung der massenhaften, systematisch betriebenen Tötung von Menschen betreffen. Dazu gehören: **Akte der Massentötung (Völkermord), der Vertreibung (Säuberungen) sowie der Ausrottung (Auferlegung von Lebensbedingungen, die den Tod einer Bevölkerung oder sozialen Gruppe zur Folge haben)**. In solchen Ausnahmefällen schwerster Menschenrechtsverbrechen muss die Völkergemeinschaft die Pflicht und das Recht haben, eine bedrohte Zivilbevölkerung gegebenenfalls auch mit militärischen Mitteln zu schützen. Ebenso wichtig ist die **Ausweitung des Arsenal ziviler Sanktionsmittel**. Dazu gehören die Stärkung internationaler Polizeikräfte, aber auch politische wie strafrechtliche Eingriffsmöglichkeiten gegenüber den gewalttreibenden Kräften im eigenen Lande. Korrupte Machthaber und Warlords haben Bankkonten und erhalten Waffen. Beide werden zumeist in der ersten Welt zur Verfügung gestellt. Der zivile Widerstand gegen den stummen, strukturell betriebenen Genozid an den Menschen dieser Erde ist unsere vornehmste Aufgabe. Denn die tagtägliche Vernichtung millionenfacher Lebenschancen (nicht nur) in den Ländern des Südens ist in erster Linie das Werk jener politischen und wirtschaftlichen Machtzentren, die auch die Wohlstandsmaschinerie unserer eigenen Gesellschaften steuern. Wer solche Weltunordnungen vorantreiben will, der hat auch höchste staatspolitische Interessen an einer humanitären Lizenz zum Töten. ■

Dr. Fred Klinger ist Mitglied der Kommission Friedenspolitik.



## **Erklärung: Aufbau der Grundlagen umfassender Sicherheit**

Die Generalversammlung der internationalen katholischen Friedensbewegung Pax Christi, die vom 19. – 22. Mai 2004 erstmals in den USA zusammenkam, spricht aufgrund vielfältiger Erfahrungen in Ländern, in denen Armut und nur geringer Zugang zu Beschäftigung und einem Leben in Würde gegeben sind und – viel zu oft – Krieg und Terror die gegenwärtige und zukünftige Sicherheit ganzer Völker bedrohen.

Von Kolumbien bis Kambodscha, Israel und Palästina bis El Salvador, den Philippinen bis zum Horn von Afrika, von Guatemala bis zur DR Kongo, Indien und Pakistan, dem Sudan und dem nördlichen Uganda – und an vielen anderen Orten – hören wir den Aufschrei der Menschen. Ihr Leiden hat uns im Herzen getroffen.

Mit ihnen suchen wir nach einer friedlichen Welt, in der die Würde jeder Person, soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit und die Bewahrung der ganzen Schöpfung im Mittelpunkt stehen – nach einer Welt, die sich grundsätzlich von jener des Terrorwahns und des Kriegs gegen den Terror abhebt. Wir sind auf der Suche nach einer Welt inklusiver Sicherheit und einer Globalisierung der Solidarität.

Heute ist aufgrund terroristischer Akte und des Krieges gegen den Terror selbst ein neuer und gefährlicher Moment in der Menschheitsgeschichte eingetreten. Die Sicherheit nimmt jeden Tag ab. Die Vereinigten Staaten und Länder, die den Krieg gegen den Terror unterstützen, tragen dafür die Verantwortung. Andere Staaten – besonders in Europa – haben große Schwierigkeiten, einen anderen Kurs einzuschlagen.

Der Krieg gegen den Terror polarisiert unsere Welt. Die furchteinflößende und heimtückische Macht der USA wird eingesetzt, um Regierungen zu stürzen und unter ihren Einfluss zu bringen, und Völkern ihr Recht vorzuenthalten, an den Entscheidungen, die ihr Leben betreffen, teilzuhaben.

Aus theologischen, ethischen und politischen Gründen verurteilt Pax Christi den von den USA ausgerufenen ‚Krieg gegen den Terror‘, das Konzept des präventiven Krieges und die Schwächung und Ablehnung der Mechanismen der internationalen Zusammenarbeit und Rechtsbeziehungen.

Der Krieg gegen den Terror und die dahinterstehende Politik haben eine neue Spirale der Gewalt in Gang gesetzt, militärische Aufrüstung und Ausgaben wurden gesteigert und die internationalen Anstrengungen um Abrüstung und die Beseitigung der Atomwaffen und Massenvernichtungswaffen unterlaufen. Bemühungen um die Verhinderung der Verbreitung von Kleinwaffen werden vereitelt. Die Militarisierung der Gesellschaft und die skandalöse Zunahme der Militärausgaben haben zur Aussetzung von Sozial- und Hilfsprogrammen geführt. Neue US-Atomwaffen erscheinen am Horizont.

Die Folterung von Gefangenen durch Soldaten der US-Armee und verbündeter Verbände hat die Welt geschockt. Der Krieg gegen den Terror bringt noch mehr Terror hervor, fördert fundamentalistische Weltanschauungen und führt zu einem falschen Zusammenprall der Kulturen. Angst wird geschürt und vielfältig werden sogenannte Feinde geschaffen. Flüchtlinge sind jenseits Grenze nicht willkommen; die vorherrschende Kultur und spezielle Modelle von Demokratie und Wirtschaft werden anderen aufgezwungen.

Hintergründe müssen aufgedeckt werden. Es werden nur die Interessen einer kleinen Elite und ihr exklusiver Zugang zu den natürlichen Lebensgrundlagen verfolgt, anstatt eine umfassende, inklusive Sicherheit für alle Menschen anzustreben.

Wir glauben, dass die Notwendigkeit eines tiefgreifenden Wandels gekommen ist: Die Änderung des individuellen und kollektiven Lebensstils - speziell in den Ländern des Nordens; die Erziehung zu Einstellungen der Toleranz und des Respekts vor anderen Kulturen; zum tiefgreifenden Wandel unseres Wertesystems und unserer Weltsicht, die den Gang in den Krieg hintanhaltend; und zu einer transparenten und globalen Form globalen Regierens.

Wir sind Menschen des Glaubens. Wir glauben, dass eine andere Welt möglich ist und wir wollen selbst dazu beitragen, dass diese Welt Wirklichkeit wird. Wir wiederholen den Aufschrei Papst Johannes Paul II, dass „Krieg immer eine Niederlage der Menschheit ist“: Mit der Bischofskonferenz der USA sind wir der Meinung, dass Vergebung ein alternativer Weg zu mehr Frieden ist.

Wir werden alle Anstrengungen unterstützen, die zu einer Stärkung des internationalen Rechts und der internationalen Institutionen - besonders den Vereinten Nationen - führen. Ein wirklich zielführendes, gemeinsames Vorgehen - einschließlich polizeilicher und ziviler Maßnahmen - muss die verfehlte Politik militärischen Vorgehens gegen den Terror ersetzen.

Wir sehen aber auch Zeichen der Hoffnung am Horizont: Es werden echte Beziehungen aufgebaut und erneuert und zu einer globalen Solidarität geformt. Das Weltsozialforum ist ein solches Zeichen der Hoffnung im Rahmen dessen wir eine aktivere Rolle einnehmen wollen. Und es gibt in unseren Ländern noch viele andere Aktivitäten, bei denen Menschen sich für soziale, wirtschaftliche und ökologische Gerechtigkeit einsetzen.

Wir verpflichten unsere Bewegung, eine auf das Evangelium gegründete Vision des Friedens zu vertreten und voranzutreiben.

Wir möchten echte Beziehungen untereinander und mit den Menschen auf der ganzen Welt aufbauen und besonders auch die Stellung der Frau und den interreligiösen und interkulturellen Dialog fördern. Wir achten und ehren alle Glaubenstraditionen, die nach Gerechtigkeit und Frieden streben.

Als Bürger dieser Welt appellieren wir an die Regierung der USA, präventive Kriege und den Krieg gegen den Terror, wie er derzeit geführt wird, aufzugeben. Wir rufen besonders zum Stopp der Folterungen von Gefangenen in Irak, Afghanistan und Guantanamo auf. Wir appellieren an alle Regierungen, Frieden auf dem Weg eines umfassenden menschlichen Schutzes und in voller Zusammenarbeit mit der Staaten- und Völkerfamilie anzustreben.

Wir rufen die Regierungen der USA und des UK auf, alle offensiven militärischen Aktionen im Irak einzustellen und den Vereinten Nationen die Möglichkeit zu einer gerechten und friedlichen Übergabe der Macht an eine irakische Autorität zu geben.

Als Katholiken rufen wir unsere Kirche zu einer prophetischen Rolle in diesen gefährlichen Zeiten auf, um so gegenüber den Mächtigen die Wahrheit klar zur Sprache zu bringen und so die Betonung der biblischen Werte der Gerechtigkeit und echter Verbundenheit als pastorale Herausforderungen zu begreifen und so an der Umwandlung der Welt mitzuwirken.

Pax Christi Vollversammlung  
mit Vertretern aus 45 Ländern  
Seton Hall University, New Jersey, USA  
May 22, 2004  
Ref.: IC.102.G.04

## **Aktueller Nachtrag: D.R. Kongo und die MONUC nach den Ereignissen von Bukavu im Juni 2004**

Joel Nsengiyaremye, Sprecher der Kommission Solidarität mit Zentralafrika

Die Blauhelmission in der Demokratischen Republik Kongo (MONUC) soll alles richten, darf sich keinen Fehler leisten, soll alles über ihre Macht hinaus tun, um den Übergangsprozess in der D.R. Kongo zu den erfolgreichen Wahlen im kommenden Jahr zu führen. Zur Erinnerung: Der Übergangsprozess hat durch die Einnahme Bukavus, Hauptstadt der Ostprovinz Süd-Kivu, durch die Aufständischen von „General“ Nkunda und „Colonel“ Mutebusi im vergangenen Juni erheblichen Schaden genommen. Da die MONUC diese Einnahme nicht militärisch verhindert hat, wurde ihr alles Übel vorgeworfen, ihre Vertretungen von der aufgebrachten Menschenmenge mit Steinen beworfen. Mit Hilfe des massiven nationalen und internationalen Drucks auf die Aufständischen gelang es jedoch der MONUC, sie aus der Stadt Bukavu zu entfernen. Die ca. 4000 Mann von General Nkunda quartierten sich in Minova zw. Bukavu und Goma ein. Von dort aus gab er zu, dass er sich bei seinem Motiv, den Genozid an Banyamulenge zu stoppen, geirrt hätte. Die 400 Mann von Colonel Mutebusi flüchteten nach Ruanda, dem Land, das nach den offiziellen Angaben der MONUC die Aufständischen unterstützt hätte.

Mittlerweile ist die Ruhe in Bukavu zurückgekehrt. Die Angst vor Übergriffen durch die Aufständischen ist jedoch noch nicht gebannt, solange diese unbestraft in der Gegend herumlungern. Die kongolesische Regierung scheint sich bei der Suche nach adäquaten Lösungen auf die Frage der Integration der Armee im fernen Ostkongo nicht sonderlich zu beeilen.

Das Massaker im Flüchtlingslager von Gatumba (Burundi) an „Banyamulenge“ in der Nacht vom 13. zum 14. August 2004 brachte den Friedensprozess beinahe zum Erliegen. Obwohl die burundischen Hutu-Rebellen von der FNL (Front National de Libération) sich dazu bekannt haben, drohte Ruanda und Burundi mit Krieg gegen die D.R. Kongo. Die Regierungen beider Länder waren sich sicher, dass die kongolesische Armee und die ruandischen Milizen Interahamwe sowie die ruandischen FDRL-Rebellen hinter dem Massaker standen. Diese Einschätzung wurde durch Azarias Ruberwa, Präsident der Ruanda nahestehenden Ex-Rebellion RCD und Vize-Präsident der Republik bekräftigt. In seiner Ansprache bei der Massenbeerdigung der Opfer des Massakers forderte er die kongolesische Regierung auf, die Übergangsinstitutionen aufzulösen und neue Verhandlungen über den Friedensprozess zu beginnen.

Diese Forderung war praktisch für alle Beteiligten unakzeptabel, und auch in seinen eigenen Reihen der ehemaligen Rebellenbewegung RCD kam sie nicht gut an. Die internationale Gemeinschaft, vor allem die UN und die EU, mahnten die politischen Akteure in der D.R. Kongo und in den Nachbarländern, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, den Übergangsprozess zu unterstützen, vor allem im Hinblick auf die Wahlen Ende Juni 2005.

Ohne eine starke Unterstützung von der internationalen Gemeinschaft sei, nach der Analyse von der International Crisis Group (ICG) vom 20. August 2004, das Scheitern des Friedensprozesses in der D.R. Kongo zu befürchten. Mit anderen Worten, die Vermeidung eines dritten Kongo-Kriegs wird zu einer Aufgabe der MONUC erklärt; so versteht sich auch das Plädoyer des UN-Generalsekretärs für die Verstärkung der MONUC. Sein modifiziertes Operationskonzept vom 16. August 2004 für die MONUC sieht zwölf weitere Bataillone vor, die den Gesamtumfang der Mission von derzeit 10.800 auf 23.900 aufstocken würden. Das wäre dann die zahlenmäßig stärkste Blauhelmission in Afrika.

Das Konzept sieht auch den Ausbau militärisch-logistischer Kapazität vor. Die neue MONUC soll mit ihrer abschreckenden militärischen Überlegenheit unter anderem in Krisen reaktionsfähiger werden, das über Kongo verhängte Waffenembargo überwachen, die Entwaffnung der ruandischen FDRL-Rebellen beschleunigen etc. Die ICG fordert – und hier liegt wohl der

Knackpunkt für die Friedensbewegung - eine starke Beteiligung der NATO und EU an der Aufstellung der zusätzlichen Truppen. Es ist bedrückend, dass dieser Vorschlag auf offene Ohren in Paris und teilweise auch Berlin stößt. In diesen Hauptstädten sind die „Interventionsstrategen“ vom „Erfolg“ der ARTEMIS-Mission in ITURI/Nord-Kivu von 2003 geprägt. Aufgrund der Feindseligkeit zwischen Ruanda und Frankreich wegen dem Genozid von 1994 ist fraglich, ob dieser Ituri-Erfolg mit französischer Beteiligung auch im Süd-Kivu wiederholbar wäre.

In Ruanda schaute die UN-Mission den Mördern im Genozid von 1994 zu, und auch in Bukavu 2004 blieb sie inaktiv und ließ sich dafür sogar von der aufgebrachtten Bevölkerung mit Steinen bewerfen. Nur zwei Monate später, Mitte August 2004, durchblickte sie nicht das Massaker von Gatumba in Burundi. Trotz alledem unterstützt die Zivilgesellschaft von Süd-Kivu die Verstärkung der MONUC. Mitte Juni forderten Demonstranten in Bukavu übrigens ausdrücklich eine französische Intervention ähnlich wie in Ituri: Artemis II. Selbst wenn niemand den genuinen Nutzen der MONUC in Bukavu und Uvira vorhersehen kann, ist sie nicht abgeschrieben, weder von der Bevölkerung noch von der Internationalen Gemeinschaft, die ihr Augenmerk allein auf den Einsatz der MONUC richtet.

Nach dem Staatsbesuch und den politischen Gesprächen des südafrikanischen Staatspräsidenten Tabo Mbeki am 31. August 2004 in Kinshasa scheint die wahrscheinlich größte Krise der über 13 Monate zusammengehaltenen Übergangsregierung überwunden zu sein. Er hat die kongolesische politische Klasse von der Notwendigkeit der Fortführung des Übergangsprozesses überzeugt.

Am 1. September 2004 hat Azarias Ruberwa und seine zur Partei gewordene Rebellenbewegung RCD die zwei Wochen Suspension der Mitarbeit in der Übergangsregierung wieder aufgehoben. Ab diesem Zeitpunkt stellen die Wahlen im Juni 2005 die höchste Priorität der Übergangsregierung dar. Nach außen liegen damit die Regierung und die Vertreter der Zivilgesellschaft auf einer Linie. Nun ist völlig offen, ob auch diejenigen Fraktionen, die durch die gewünschten Wahlen Machtverluste zu befürchten haben, einen nachteiligen Ausgang des Übergangsprozesses akzeptieren werden, oder wie „General“ Nkunda Gründe für neue Verhandlungen fordern werden.

Bisher ist zu beobachten, dass die Übergangsregierung in Kinshasa nicht vorankommt und sich meistens nur auf Grund des Drucks von Außen bewegt. Letztendlich sind es aber die Kongolesen selbst, die adäquate Entscheidungen allein werden treffen müssen. Frieden für die Demokratische Republik Kongo wird nicht geschenkt werden.

Die Erwartung an kongolesische politische Akteure kann nicht zutreffender auf den Punkt gebracht werden als mit den Worten der kongolesischen Bischöfe: *„Die Stunde der Verantwortung hat geschlagen ... Deshalb ermahnen wir die politischen Akteure und alle Freunde des kongolesischen Volkes, jeder möge seine Verantwortung übernehmen“* (Botschaft der 38. Vollversammlung der Nationalen Bischofskonferenz, in: Weltkirche 6/2004). Es ist und bleibt die Aufgabe der Übergangsregierung, den Aufbau von Institutionen für den Übergang zu beschleunigen, die organischen Gesetze wie das Gesetz zur Staatsangehörigkeit – die Jahrzehnte alte Banyaruanda/Banyamulenge-Diskussion – und das Wahlgesetz auszuarbeiten, die Wiedervereinigung der republikanischen Armee sowie die Demilitarisierung der aus dem kongolesischen Boden heraus operierenden burundischen, ruandischen und ugandischen Rebellen zu beschleunigen. Dies soll vor allem ein Mindestmaß an Staatsautorität und Stabilität im Ostteil der Republik zurückbringen, ohne welche die ersehnten demokratischen Wahlen im kommenden Jahr kaum realisierbar wären.